blätter des iz3w

nr. 8 juni 71 herausg. informationszentrum dritte welt 78 freiburg, Lorettostr. 20a tel.: 71075 App. 29

Auflage 4000

Zusammengestellt und herausgegeben von: S. Bartels, G.Cremer, Ch.Erichsen, H.Flammer, F.Hemmerich, H.Knörich, B.Merk, M.Nienhaus, J.Sephard, G. Stingl, P.Riedesser, H.Topf u.a. KONTEN: Bank für Gemeinwirtschaft Freiburg, Nr. 1o2 262 33; Postscheckkt. Karlsruhe, Nr. 148 239; SCHWEIZ: G. Stingl, Aktion Dritte Welt, Freiburg i.Br., Postscheckkto. Basel 4o - 35899.

zur sache:

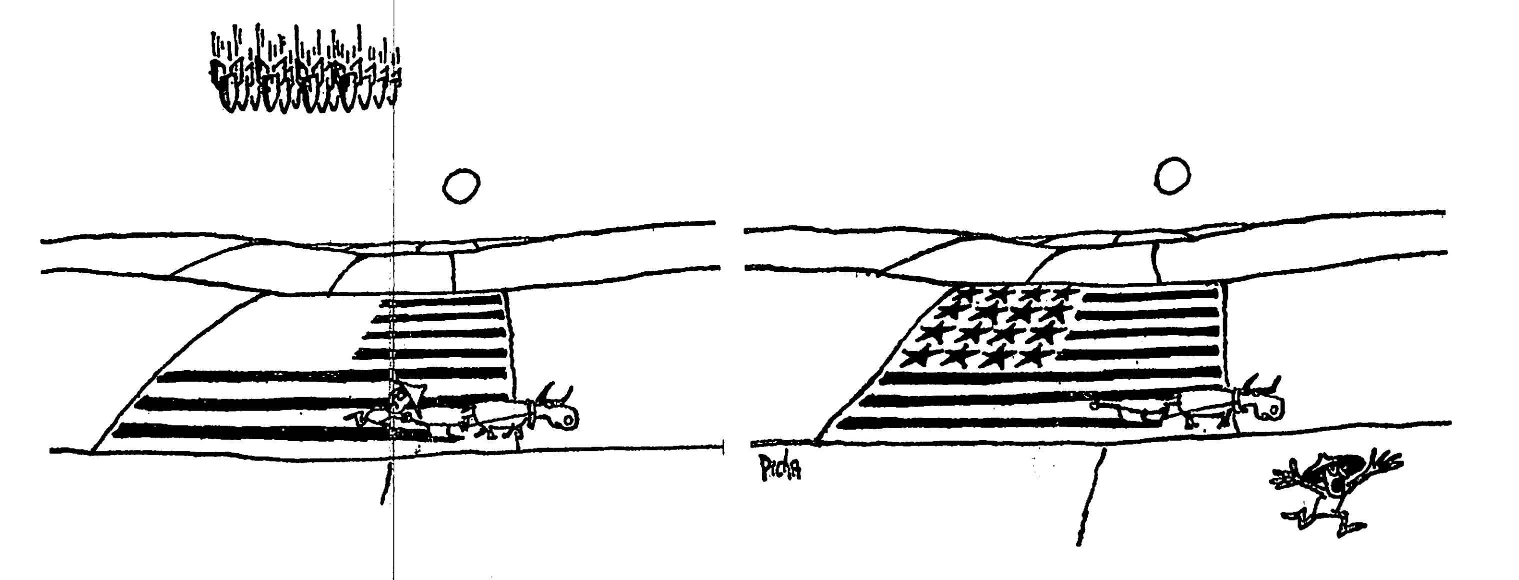
1. Die iz3w - Redaktion entschuldigt sich für den verspäteten Zugang dieser Nummer.Die Vorbereitung und Druchführung des Wahlkampfes zum Freiburger Studentenrat, für den die Aktion Dritte Welt zum zweiten Mal kandidierte, stellte eine große Arbeitsbelastung dar.
Die Aktion Dritte Welt konnte 20% der Stimmen auf sich vereinigen. Die Begründung der Aktion zu ihrer Kandidatur legen wir dieser Ausgabe bei.

Eine technische Umstellung im Druckverfahren führte ebenfalls zu einer Verzögerung.

2. Der größte Teil unserer Abonnenten hat den Betrag für die blätter noch immer nicht überwiesen. Dies führt uns,da wir Druck- und Portokosten direkt bei jeder Nummer bezahlen müssen, in ernste Finanzschwierigkeiten. Wir werden somit gezwungen sein, die nächste Nummer nur an Abonnenten zu senden, die zumindest einen Teil des Jahresbeitrags von 15,-- überwiesen haben.
Zu diesem Zweck liegt dieser Ausgabe eine Zahlkarte bei.

3. In der letzten Nummer haben wir eine Liste des bei uns aufliegenden Materials abgedruckt. Am Ende dieser Nummer führen wir einige Neuerscheinungen auf.

4. Die Juli - Nummer werden wir Ihnen in etwa 3 Wochen zuschicken.



Institutionen: BMZ

Gemäß einem Beschluß des Landesvorstandes der SPD Baden Württemberg wurde die Aktion Dritte Welt um eine Stellungnahme zu Privatinvestitionen gebeten.Eine entsprechende Studie (F.Hemmerich: Entwicklungsschwindel oder wem nützen Privatinvestitionen) wurde dem LV zugesandt.
Die folgende Aktennotiz aus dem Sekretariat des LV zeigt die Schwierigkeiten,auf dieses Papier mit einer Gegendarstellung zu antworten.

<u>Aktennotiz</u>

Am 12.September 1970 hat der Landesvorstand beschlossen,die "Aktion Dritte Welt" um Überlassung ihrer Ausarbeitung zur Entwicklungshilfe zu bitten. In der gleichen Sitzung wurde von Dr. Eppler zugesagt,die Ausarbeitung von Prof.Dams und eine in seinem Ministerium zu erstellende Arbeit zur Verfügung zu stellen.

Die Ausarbeitung der "Aktion Dritte Welt" ging am 23.11.70 beim Landessekretariat ein. In den darauf folgenden Tagen wandte ich mich mehrere Male telefonisch an das Büro von Dr. Eppler und bat um Überlassung der zugesagten Unterlagen.
Am 4.Dezember 1970 erhielt der Landesvorstand die Mitteilung, daß die Ausarbeitung der "Aktion Dritte Welt" vorliege und daß,wenn die Ausarbeitung des Ministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und auch die von Prof.Dams vorliegen,den LV-Mitgliedern alle Materialien zugesandt würden.
Ebenfalls am 4.12. wurde Gen. Dr. Eppler schriftlich um Überlassung der in seinem Haus erstellten Arbeit und der von Prof. Dams gebeten.

Der persönliche Referent des Ministers,der Gen. Huonker,rief darauf hin an und teilte mit, daß nach Meinung des Ministers und Peter Zollers der Beschluß des LV beinhalte, daß das Ministerium eine Stellungnahme zur Ausarbeitung der "Aktion Dritte Welt" erarbeiten solle, nicht aber eine eigene Arbeit vorzulegen.

Nach Rücksprache mit Dr. Brückner wurde dem Gen. Dr. Eppler am 10.Dezember 1970 die Ausarbeitung der "Aktion Dritte Welt" in Photokopie zugesandt.

In mehreren zwischenzeitlich geführten Telefongesprächen wurde zugesagt,daß die Stellungnahme des Ministeriums in den nächsten Tagen vorliege. Das letzte persönliche Gespräch mit Minister Eppler, bezw. seinem persönlichen Referenten fand am 13. März 1971 statt,in dem mir von Gen. Huonker gesagt wurde, daß die jetzt vorliegende Stellungnahme des Ministeriums nicht geeignet sei,und nochmals überarbeitet werden müsse.Das erfolge aber umgehend. Eine Arbeit von Prof. Dams sei nicht zu erwarten.

Seither habe ich nicht mehr reklamiert.

Stuttgart, 31. März 1971

gez. Margarete Röhm

großbanken

Vom 2o. - 23. Mai 71 fand in Kassel eine Arbeitstagung des Versöhnungsbundes über das Thema "Möglichkeiten gewaltfreier Politik" statt. Arbeitskreisthemen waren unter anderem: Aktion Selbstbesteuerung,Rohrzuckerkampagne,Cabora Bassa-Kampagne,gewaltloser Widerstand.
Da die Aktion Selbstbesteuerung - wie viele andere entwicklungspolitische Gruppen - bei einer der drei Großbanken Konten unterhält, wurde folgendes Problem relevant:

Es ist bekannt,daß die Großbanken sowohl die Funktion der "Depositenkassen" 1) als auch die der Börsen ausüben. Aufgrund des riesigen Aktienkapitals 2),das die Banken verwalten und selbst besitzen,haben sie große Möglichkeiten,auf Wirtschaft und Politik gemäß ihren Interessen Einfluß zu nehmen 3). Es ist ein offenes Geheimnis,daß die Großbanken ihren Angestellten im Wertpapiersektor Anweisungen geben,die zur Folge haben,daß die kleinen Aktionäre zu ihrem eigenen Nachteil Geschäfte über unsichere Papiere abschließen und in ihrer Unkenntnis viel Geld an die Bank verlieren 4).
Die Bankvertreter sitzen darüber hinaus mehrheitlich in den Aufsichtsräten vieler Großunternehmen und Konzerne und geben vor, die Interessen der Kleinaktionäre wahrzunehmen, vertreten in Wirklichkeit aber die der Banken. Die Banken können die Aktienkurse negativ durch großangelegte An- und Verkäufe beeinflussen und damit den Wähler aufschrecken. Außerdem beeinflussen die Banken besonders die Entwicklungsländerpolitik der BRD (Kapitalhilfe,Investitionsabsicherung,Exportkredite und Kredite für Direktinvektivestititionen) und haben somit Anteil an ausbeuterischen Projekten in der Dritten Welt.
Z.B. gab die Kreditanstalt für Wiederaufbau,deren Kuratorium H.J. Abs vorsteht, zur Finanzierung von Cabora Bassa 286 Mill. DM Exportkredit. Alle Großbanken unterhalten Großfilialen in Südafrika. 5).

Als Reaktion auf den verheerenden Einfluß der Großbanken hat die Arbeitstagung des Versöhnungsbundes folgende Resolution verabschiedet:

> Die Vollversammlung des Versöhnungsbundes beschließt,ihre Konten bei den drei Großbanken in der BRD: Deutsche Bank, Commerzbank,Dresdner Bank und deren Unterorganisationen Deutsche Überseebank,Kreitanstalt für Wiederaufbau usw. aufzulösen und sämtliche Geldgeschäfte mit diesen Banken einzustellen.Sie empfielt,Konten bei der Post,bei Sparkassen oder bei kleineren und somit weniger mächtigeren Kreditinstituten zu eröffnen. Die Auflösung der Konten sollte den Banken schriftlich begründet werden.

Das iz3w bittet seine Leser,diesem Aufruf Folge zu leisten.

---

1) Depositenkassen verwalten ausschließlich Spareinlagen und tätigen keine Aktiengeschäfte. Seit zwei Jahren haben allerdings auch kleinere Privatbanken die Lizenz, mit Aktien zu handeln und Aktionäre im Aufsichtsrat zu vertreten.
2) 70% des Gesamtaktienkapitals wird von den Großbanken beherrscht. s. Spiegel ,18.1.71 S.38.
3)"In keinem Land der Welt reicht das Regiment der Banken so tief in die Wirtschaft wie in der BRD" Walter Koch,Präsident des Bundesverbandes Investmentvertrieb Deutschland (BID)
4) Der Spiegel, 18.1.71 S.46
5) ebenda S.40

hf

Theorien der Entwicklung

FRIEDEN DURCH ENTWICKLUNG
Zur soziologischen Analyse kirchlicher Theorien der Entwicklungshilfe

Entwicklung als Garant des Nord-Süd-Konflikts - diese organologische These, die Assoziationen von "Evolution" und "Harmonie" wachruft - ist in Wahrheit zutiefst verwandt mit der Parole vom Ost-West-Frieden in der Koexistenz durch Abschreckung. Hier wie dort werden Interessengegensätze verdrängt statt ausgehandelt. Gelten sie im Ost-West-Konflikt als tabu, so lösen sie sich im Nord-Süd-Gefälle scheinbar auf, verwandeln sich in den Modus der Abständigkeit und Rückständigkeit der "Entwicklungsländer", die es abzubauen gilt. In beiden Fällen zielt die traditionelle Friedensstrategie darauf ab, die Manifestationen latenter Konflikte zu verhindern, - den Revolten der "Rückständigen" gegen das Schneckentempo jener "Entwicklung" zuvorzukommen und den kalten Ost-West-Krieg nicht zu sehr zu erhitzen. Die Länder der "Dritten Welt" erfüllen auf blutige Weise eine hermeneutische Funktion. Sie zeigen, wie Friedenspolitik zukünftig nicht aussehen darf. Verdrängung von Konflikten provoziert deren gewaltsamen Ausbruch. Die revolutionären Kriege in der Dritten Welt (Vietnam, Bolivien, Guatemala, Cuba) führen die Strategie ebenso der Ost-West-Koexistenz wie der harmonischen Entwicklung der Süd-Regionen ad absurdum.

Weil die bisherige Theorie der Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik - kirchliche wie nichtkirchliche - weitgehend in den Kategorien der Rückständigkeit und des Aufholens, das heißt in dem Gegensatzpaar Statik und Dynamik dachte, steht sie derzeit so hilflos vor revolutionären Bewegungen und vor der Herausforderung einer "Theologie der Revolution". Während aber unter anderem in Genf und Rom, in Indonesien und Brasilien, in den USA und Großbritannien immerhin gewichtige kirchliche Stimmen die Berechtigung revolutionärer Gewalt durch Christen für möglich oder erwiesen hielten (1), hat in Deutschland, der "Nation ohne Revolution", von wenigen Ausnahmen wie etwa den Problemskizzen von Bopp, Gollwitzer, Bahr und Benedict abgesehen (2), die Kirche sich überwiegend von einer Revolutionsideologie distanziert, ohne bisher in eine Sachdebatte einzutreten, die auf der empirischen Seite mit einer Analyse der bereits erfolgreichen Revolutionen in der "Dritten Welt" (Cuba, China) Hand in Hand zu gehen hätte. Ihr erscheinen die "Revolutionäre neuen Stils ... als Gesinnungsethiker, die nicht auf die Möglichkeiten und Konsequenzen des von ihnen Gewollten reflektieren" (Ch. Walter). Inzwischen ist vereinzelt auch hier die Forderung nach einer noch auszubauenden Soziologie der Revolution und einer "soziologischen Ideologiekritik" erhoben worden. Es scheint jedoch, daß man dabei vor allem eine Bestätigung der Urteile traditioneller typologischer "Soziologie der Revolution" nach dem Motto erwartet: "Die politischen und ökonomischen Probleme werden durch eine Revolution nur selten gelöst, höchstens modifiziert" (K. Lefringhausen).

Unterstützt wird die Theologie in Deutschland in ihrem Unbehagen an Theorien und Strategien des Konflikts noch durch die herrschende "Soziologie der Entwicklungsländer". So stellt sich das im Auftrag des deutschen Protestantismus und Katholizismus von führenden deutschen Entwicklungstheoretikern 1966 herausgegebene "Handbuch und Lexikon der Entwicklungspolitik" (H. Beckers/E. Boesch, Hrsg., Entwicklungspolitik. Handbuch und Lexikon. Stuttgart/Berlin 1966) als aktuell und progressiv konzipiert vor. Seine Konzeption einer "allmähliche(n) Hebung des Lebensstandards unter Vermeidung sozialer Konflikte im Laufe der Wandlungsprozesse" geht jedoch von einer traditionell harmonistischen Grundvorstellung aus. Aufgabe einer kritischen Theorie der Dritten Welt wäre eine Destruktion der traditionellen harmonistischen Entwicklungs-These zugunsten einer Theorie, welche die vorhandenen Interessenkonflikte im Nord-Süd-Maßstab wie auf der lokalen Ebene der Länder der Dritten Welt selbst erst einmal sichtbar macht (vgl. dazu die Welthandelskonferenzen 1964 ff., die Algier-Charta von 1967 usw.), sie analysiert und Möglichkeiten ihrer Ausbalancierung, Reduzierung oder Auflösung erarbeitet. Die Frage nach der Notwendigkeit, Legitimität und den Chancen einer Revolution oder Evolution läßt sich nicht im voraus theologisch oder moralisch entscheiden. Sicher ist - das sollen die folgenden Überlegungen zeigen -, daß eine Analyse im Rahmen der harmonistischen These von der "Unterentwicklung" die Alternative Evolution - Revolution von vornherein überhaupt nicht ernsthaft aufkommen läßt. Dazu soll kurz skizziert werden, inwieweit Veröffentlichungen auf ökumenischer, katholischer und spezifisch deutscher Ebene noch einem Entwicklungs-Denken verhaftet sind, das die Interessenkonflikte zwischen den Partnern verschleiert. Ansätze zu einer Konflikt-Analyse sollen herausgestellt werden. Sie sollen die Punkte markieren, an denen eine zukünftige Theorie der Dritten Welt wie auch eine Friedenspolitik für die Nord-Süd-Beziehungen anknüpfen könnte. Für die Analyse wurden eine Reihe antithetischer Kategorien zum Selbstverständnis der "Entwicklungs"-Theorien erarbeitet, deren erste - so meine These - jeweils konfliktverdeckende, deren zweite konfliktaufdeckende Funktionen hat.

Wirtschafts- und sozial-positivistische contra wirtschafts- und sozial-geschichtliche Theorien

Wirtschafts- beziehungsweise sozialpositivistisch ist eine Theorie zu nennen, die die Ursachen der Unterentwicklung allein aus der gegenwärtigen Situation des untersuchten Landes erschließt, die das derzeitige mangelhafte Angebot von Produktionsfaktoren zur Ursache der Unterentwicklung erklärt. Ausdruck dieser Theorie der Unterentwicklung ist etwa die These vom Circulus vitiosus (R. Stucken, Handbuch zur Entwicklungspolitik, S. 54 ff.). Sie betrachtet die sozio-kulturelle Gesamtstruktur einer demographischen Einheit als einen geschlossenen Kreis von Faktoren. Armut, Unbildung, Krankheit, geringe Arbeitsproduktivität, geringes Einkommen, Dominanz des Agrarsektors, Subsistenzwirtschaft, Überbevölkerung usw. werden in der circulus-vitiosus-Theorie als Naturgegebenheiten veranschlagt. Lediglich quantitative Kumulationsprozesse unter dem Einfluß von Akzeleratoren oder Multiplikatorfaktoren werden zugegeben. Eine solche Theorie ist möglich, wenn bestimmte historische induktive Faktoren als nichtexistent aus dem Faktorenbündel ausgeschlossen werden. Die Verfestigung der zirkulären Faktoren zu na-

türlichen nicht oder vorindustriellen Eigentümlichkeiten gibt dieser These ihre Weihe. Der Sozialpositivismus versteigt sich mitunter bis zum "wissenschaftlichen" Nachweis rassisch-biologischer Inferioritäten. Wirtschafts- und sozialpositivistisch ist ebenfalls die Rückführung der Unterentwicklung auf die gegenwärtige ökonomische und politische Abhängigkeit der Entwicklungsländer von den Industriestaaten. Beispiele dafür sind der so gerühmte Pearson-Report, aber auch die Äußerungen aus der evangelischen Kirche im Zusammenhang mit der Loccumer Konferenz des Kirchlichen Entwicklungsdienstes im Februar 1970, die ein deutliches Gefälle zu den ökumenischen Ansätzen sozial- und wirtschaftsgeschichtlicher Analyse auf der Konsultation in Montreux (Januar 1970) aufweisen (3). Die Feststellung von "Abhängigkeiten" bleibt abstrakt und für jedermann schmerzlos, wenn ihre strukturellen Bedingungen, historischen Voraussetzungen und heutigen Träger ungenannt bleiben.

Wirtschafts- und sozialgeschichtlich ist eine Theorie zu nennen, die den kausalen Zusammenhang der Geschichte der Entwicklungsländer mit dem gegenwärtigen Stand der Unterentwicklung herausarbeitet. Dabei erscheint etwa der gegenwärtige Mangel an Produktionsfaktoren nicht als naturgegebene Größe, sondern als Ergebnis eines historischen gesellschaftlichen Prozesses, in welchem zumeist die Politik der kolonialen und imperialistischen Industriestaaten von stärkstem Einfluß ist. Diese Methode erlaubt es, den gegenwärtigen Mangel an Produktionsfaktoren weitgehend als Produkt der Vernichtung früher bereits vorhandener Produktionskapazitäten beziehungsweise als Resultat erzwungener einseitiger Entwicklung zu sehen (4). "Unterentwicklung" erscheint so als Produkt und Ausdruck eines internationalen Interessenkonflikts, in dem sich die Interessen der Industriestaaten gegen die der "Entwicklungsländer" durchsetzen. Es ist das (dem Papst oftmals angekreidete) Verdienst von "Populorum Progressio", eine scharfe sozialgeschichtliche Kritik unter die Anfangsparagraphen aufgenommen zu haben. (Abschn. 7). Dagegen läßt die Genfer Konferenz - von vereinzelten Ansätzen abgesehen - eine solche Selbstkritik der Industrieländer vermissen. Eine in Wahrheit pseudogeschichtliche Betrachtung operiert mit der Annahme gesetzmäßiger historischer Entwicklungsstadien, die wie sie für die Industriestaaten gegolten haben, heute für die Entwicklungsländer gültig sein sollen. Unter dem Motto "Alle Völker haben ihr 19. Jahrhundert" (H. Besters, a.a.O., S. 298) werden statt historischer, kausaler Verflechtungen der Industrie- und Entwicklungsländer bloße Parallelen der Entwicklungsländer aufgezeigt. Obwohl diese Theorie schon mehrfach widerlegt wurde - die Industrialisierung Europas war nur möglich durch Erwerb und Ausbeutung der Kolonien -, lebt sie immer noch. Sie suggeriert einmal, daß es im Anfangsstadium industrieller Entwicklung immanente soziale Gegensätze gibt, die mit der Entfaltung des industriellen Kapitals verschwinden (als ob in der Bundesrepublik etwa kein Klassenkonflikt mehr existiere); zum anderen werden soziale Konflikte als Begleiterscheinungen technischer Entwicklung verstanden, nicht als Machtkampf ungleicher ökonomischer Gruppen.

Ideologisch-spiritualistische contra polit-ökonomische Faktoren der Entwicklung und Unterentwicklung

Ideologisch oder spiritualistisch ist eine Theorie zu nennen, die Schumpeter und vereinseitigend auch Max Weber weiterführt und Ursachen wie Struktur der Unterentwicklung weitgehend aus kulturell-

ideellen Einstellungen erklären will. Sie geht von den herrschenden Wertvorstellungen einer Gesellschaft aus, die "entwicklungsfreundlich" oder "-feindlich" sein sollen (H. Besters, a.a.O., S. 265). Eine solche Theorie lastet etwa das Fehlen einer einheimischen industriellen Unternehmerschicht in den Entwicklungsländern einer vor-rationalen Lebenseinstellung an (R. F. Behrendt). Konflikte innerhalb der Entwicklungsländer werden als vorübergehender Widerstand der traditionaldenkenden Schichten gegen die Übernahme moderner Rationalität gedeutet. - Als sozio-ökonomisch beziehungsweise polit-ökonomisch kann dagegen eine Theorie gelten, die den Zusammenhang von Wirtschaft und Gesellschaft beachtet. Dabei wird Gesellschaft definiert durch die folgenden Elemente: Klassenstruktur, politische und militärische Struktur (innernationale und internationale Einflüsse). Das Fehlen einer einheimischen Unternehmerschicht im industriellen Bereich beispielsweise läßt sich von hier aus als Verhinderung des Übergangs vom merkantilen zum industriellen Kapitalismus durch die Kolonialmächte verstehen; die Kapitalknappheit erscheint etwa als Produkt der Distribution des Volkseinkommens beziehungsweise als Ergebnis unproduktiver Verwendung von Überschüssen durch eine feudale oder kapitalistische einheimische Oberschicht, die mit dem ausländischen Kapital zusammenarbeitet und von der Ausbeutung des einheimischen Land- und Stadtproletariats lebt.

Die Klassenanalyse ist aufgenommen worden im Brief der siebzehn Bischöfe der Dritten Welt, allerdings undifferenziert und in vormarxistischen Kategorien (Gegensatz arm - reich, Imperialismus des Geldes statt des Kapitals). Interessant dabei, daß die Bischöfe nur die Analyse, nicht den Klassenkampf propagieren. Sie bejahen prinzipiell Revolutionen im Dienste gerechter Sache, erstreben jedoch eine Art legale Revolution: Mit der einheimischen Regierung gegen den internationalen Imperialismus. Angesichts der weitgehenden Identifikation der herrschenden einheimischen Schichten mit ihren Regierungen und weiter mit dem ausländischen Kapital erscheint dieser Salto von der Klassenanalyse zur Planung der politischen Macht ohne Klassenkampf unrealistisch. Populorum Progressio hat trotz mehrfacher Erwähnung die Klassenanalyse nicht zum Instrumentarium empirischer Erkenntnis benutzt (Abschn. 9 und 70). Die Frage der Bodenverteilung und -nutzung erscheint zum Beispiel nur am Rande (etwa Abschn. 24). Weiterhin gelingt es der Enzyklika - im Gegensatz zur Genfer Konferenz - nicht, die von ihr getadelten privatwirtschaftlichen Interessen ("Individualismus") westlicher Industrieller in Entwicklungsländern als Klassenfaktor sichtbar zu machen, indem etwa der Zuschnitt der wachsenden Infrastruktur auf die ausländischen Konzerninteressen und nicht auf eine planmäßige Gesamtentwicklung des Landes erwiesen wird.

Atomistische contra synoptische Betrachtung der Ursachen und Voraussetzungen von Entwicklung und Unterentwicklung

Atomistisch ist die unverbundene Analyse demographischer wirtschaftlicher und gesellschaftlich-politischer Merkmale. Beispielsweise wird in der Analyse von K. E. Ringer die "Neigung zu politischer Unstabilität" zum Hauptmerkmal des Klassenkampfes erklärt - ohne daß die ökonomische Basis von Herrschaft und Gegengewalt berücksichtigt ist (Handbuch zur Entwicklungspolitik, S. 1 ff.). Das ermöglicht eine Theorie und Praxis der "Befriedung" durch formaldemo-

kratische, polizeiliche oder militärische Maßnahmen, die den ökonomischen Konflikt auf Dauer stellt, aber verdeckt. Eine synoptische Analyse begreift die Gesamtheit der strukturellen Faktoren sozio-kulturell, polit-ökonomisch in ihrer Verflechtung. Vorbildlich ist die Genfer Konferenz im Bericht der Sektion III, ebenfalls die britische Denkschrift (S. 18), schwach dagegen Populorum Progressio, die die Gesamtheit der Strukturvariablen auf die Formel "Bildung und Nahrung" reduziert (Abschn. 35), also den Gesichtspunkt der Verfügung über politische Durchsetzungs- und ökonomische Lebenschancen unterschlägt. Nur ein synoptisches Verfahren ermöglicht, auch latente, nicht offen zutagetretende Konflikte zu erkennen.

Funktionalistische contra ideologiekritische Theorien

Funktionalistisch ist eine Theorie zu nennen, deren verwendete Kategorien Elemente einer volkswirtschaftlichen Gesamttheorie darstellen, welche einem bestimmten (kapitalistischen, sozialistisch-planwirtschaftlichen) Gesellschaftssystem zugeordnet sind und sich auch nur diesem subsumieren lassen. Funktionalistisch ist etwa die Propagierung einer Stärkung der "innovationsfreudigen Mittelschicht" in den Entwicklungsländern zum Übergang von der zweiteiligen Klassenstruktur zu einem höheren Differenzierungstypus (weil diese Schicht in den westlichen Industriestaaten wesentliche Funktionen ausübt (5). Konfliktverdeckend ist dieser theoretische Ansatz, weil er dazu beiträgt, Entwicklungsmaßnahmen in "Empfängerländern" auf die Strukturbedürfnisse des Waren- und Kapitalexports der "Geberländer" zuzuschneiden (beispielsweise die Ausbildung einer Schicht von staatlichen, kaufmännischen und Bildungsfunktionären), eigenständige volkswirtschaftliche Ansätze einheimischer Klassen jedoch zu ignorieren oder zu behindern (6).

Ideologiekritisch sind theoretische Ansätze, die von der kritischen Analyse der politischen Funktion des eigenen volkswirtschaftlichen Systems ausgehen. Vorbildlich hat die Genfer Konferenz das privatwirtschaftliche, planwirtschaftliche und mischwirtschaftliche System gleichmäßig kritisch befragt (Appell an die Kirchen, S. 113-116). Populorum Progressio leistet ebenfalls eine Kritik am liberalen Kapitalismus (Abschn. 26, 58), akzeptiert andererseits jedoch unbesehen die privatwirtschaftliche Konkurrenz in den Entwicklungsländern; soziale Selbstverpflichtung der Unternehmer soll ihr die Spitze abbrechen (Abschn. 58, 70). Weil Populorum Progressio den Funktionalismus nur moralisch, nicht auch theoretisch und praktisch, überwindet, endet die Enzyklika wieder in harmonistischem Wunschdenken. Nur der ideologiekritische Ansatz, der die herrschenden gesellschaftlichen Theorien und wissenschaftlichen Methoden selbstkritisch einer Analyse unterzieht, ist in der Lage, Konflikte aufzudecken zwischen den außenwirtschaftlichen Markt- und den außenpolitischen Sicherheitsbedürfnissen der "Geberländer" einerseits, den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Erfordernissen der "Empfängerländer" andererseits, die nicht mit den Interessen feudalkapitalistischer Oberschichten identisch sind.

Hans Bosse

Anmerkungen

1) Appell an die Kirchen der Welt, Dokumente der Weltkonferenz für Kirche und Gesellschaft Stuttgart/Berlin 1967, S. 169; Populorum Progressio, Abschn. 30 f.; Erklärung von 17 Bischöfen der Dritten Welt zur Frage der sozialen Revolution, Auszüge und Zusammenfassung in: "Junge Kirche" 10/67, S. 568-571; C. Oglesby u. R. Shaull, Containment and Change, N. Y./London 1967; K. M. Beckmann/K. Lefringhausen, Hrsg., Weltarmut. Eine kirchliche Denkschrift, Stuttgart/Berlin 1967, S. 18.

2) J. Bopp, Theologie der Revolution und Weltfrieden, in: Bopp/Bosse/Huber, Die Angst vor dem Frieden, Stuttgart 1970, S. 53 ff., dort alle relevante Literatur.

3) Alle Texte in: H. W. Heßler (Hrsg.), epd-dokumentation, Bd. 2, Kirchlicher Entwicklungsdienst, Witten 1970.

4) Statt Einzelheiten aus der umfangreichen Literatur verweise ich für die "konfliktaufdeckenden Ansätze" auf grundlegende Artikel in: Das Argument. Reihe "Probleme der Entwicklungsländer", Heft 34, 38, 51, 59.

5) Vgl. R. König, Probleme der Mittelschichten in den Entwicklungsländern, Opladen/Köln 1964.

6) Ay, Bartels u.a. (Institut für Soziologie, Freiburg), Regierungspolitik und sozialer Wandel in Ghana, Freiburg 1971.

entnommen aus
epd (Evangelischer Pressedienst)
Entwicklungspolitik Nr. 5/71



»Bei einer 310-Mark-Reise nach Athen können Sie schwerlich verlangen, meine Dame, daß auch noch eine perfekte parlamentarische Demokratie inbegriffen ist!« (Punch)

KIRCHE und die 3. Welt

A. KIRCHE-STÜTZE DER UNTERDRÜCKUNG

1. Die Geschichte der Kirche in den ehemaligen Kolonien ist in ihren entscheidenden Zügen eine Geschichte der Symbiose mit den Eroberern, später mit den etablierten Unterdrückern. Die Amtskirche lieferte die ideologische Rechtfertigung für koloniale Ausbeutung und Beherrschung, für die Zerstörung von Kultur und Entwicklung der Völker in den heutigen Entwicklungsländern (Vorwand: "Wer nicht freiwillig Christ werden will, wer die christliche Kultur an der Ausbreitung hindern will oder wer anderen den Zugang zu den Reichtümern dieser Welt versperrt, darf, ja muß bekämpft werden"[1]). Sie erhielt dafür die Unterstützung der Regierungen und Kolonialverwaltungen für ihre Missionsvorhaben. Die Missionare wurden oft privilegiert, da sie Garanten der so notwendigen Ordnung waren (siehe frz. [2], span., portug. Kolonien usw.)
2. Auch heute noch schweigt man oft zu Kolonialismus, Neokolonialismus und Unterdrückung der Menschenrechte. Der portugiesischen Überseepolitik ist bis heute noch nicht die kirchliche Unterstützung entzogen, in Haiti und vielen anderen Diktaturen in der 3. Welt spielt die Kirche eine staatstragende Rolle. Diese Beispiele zeigen, daß die entscheidende Mitschuld der Kirche am Elend der 3. Welt keineswegs nur Vergangenheit ist: Das Konkordat mit Haiti von 1860 und seine Bekräftigung von 1966 räumen einem diktatorischen Regime das Recht zur Ernennung der Bischöfe und die Zustimmung zur Ernennung der Pfarrer ein, Duvalier benützte die Kirche als Werkzeug seiner Macht[3].

   Ähnliche Situationen finden sich in einigen Staaten Lateinamerikas, auf den Philippinen, in den portugiesischen Kolonien usw.

B. KIRCHE-ANWALT DER UNTERDRÜCKTEN

1. Die Kirche, die vom Evangelium her eindeutig auf der Seite der Entrechteten zu stehen hat, muß versuchen, wieder glaubwürdig zu werden: Die Information über Mißstände in der kirchlichen Praxis vieler Bischöfe in den Entwicklungsländern wird von den Verantwortlichen nicht geleistet, der Vatikan und die Bischöfe hätten zur Offenlegung eine vorrangige Verpflichtung. Daneben müßten die Hilfswerke dazu beitragen, daß kirchliche Amtsträger in unterentwickelten Ländern [die sich offensichtlich von den Interessen der breiten Bevölkerung abgesetzt haben] isoliert werden, d.h. keine Hilfe mehr bekommen.
   Konkordate mit Staaten wie Portugal und Haiti sind zu revidieren wenn nicht zu lösen.
   Unterstützt werden müßten dagegen, sowohl durch eine offenere Information als auch durch materielle Hilfe, fortschrittliche Priesterbewegungen, wie es sie z.B. in Chile und Argentinien gibt. Zu fordern ist Solidarität mit Dom Helder Camara, der

von bedeutenden Teilen des lateinamerikanischen Episkopats angefeindet und von staatlicher Seite in seiner Arbeit sehr behindert wird, ebenso mit Protestaktionen wie dem Auszug der Weißen Väter aus Mozambique[4], mit der Auflösung ihres besten und größten Kollegs durch die Jesuiten in Mexiko[5]: Solche Maßnahmen können die Position fortschrittlicher Christen in der 3. Welt entscheidend stärken.
Das Schweigen zu Mißständen und Konflikten stützt die Herrschenden und damit die von den Herrschenden angewandte Gewalt. Es gibt hier keinen unparteiischen Standpunkt.

2. Aus der Erkenntnis, daß wesentliche Ursachen und Verursacher der Unterentwicklung bei uns in den Industrienationen beheimatet sind (Ausbeutung durch Übervorteilung auf dem Weltmarkt, durch Privatinvestitionen und Kredit-"hilfe"), ergibt sich die Konsequenz einer intensiven Bewußtseinsbildung h i e r bei der deutschen Bevölkerung: Es müssen erhöhte Mittel bereitgestellt werden, damit über die tatsächliche Lage in der 3. Welt, über die Hintergründe der Unterentwicklung aufgeklärt werden kann: Nur so besteht die Möglichkeit, daß Änderungen unseres Wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Systems erreicht werden, die zur Entwicklung der 3. Welt nötig sind. Notwendige Maßnahmen wie Zollpräferenzen für Entwicklungsländer, Unterlassung von Waffenlieferungen, Abschaffung der staatlichen Unterstützung für Privatinvestitionen usw. können nur so langfristig erreicht werden.

3. Die kirchliche Entwicklungshilfe kann selbst bei optimaler Projektauswahl und allerbesten Absichten (die technische bzw. infrastrukturelle Hilfe ist oft nur die willkommene Wegbereiterin industrieller Investitionen, braucht doch eine hochentwickelte Industrie wie unsere eine gute Infrastruktur) höchstens modellhaften, exemplarischen Charakter haben (zu unterstützen wäre hier etwa das Antirassismusprogramm des ÖRK). Rein zahlenmäßig ist ein größerer Erfolg, etwa die Wiedergutmachung der auf wirtschaftlichem und politischem Weg verursachten Schäden, völlig unmöglich. Es würde eine Verschleierung der realen Machtverhältnisse bedeuten, wollte man dem Spender das Gegenteil weismachen.

   Man sollte sich daher nicht scheuen, einen größeren Teil der Spendenmittel der Hilfsorganisationen und einen angemessenen Anteil der Kirchensteuermittel für die Aufklärungsarbeit h i e r bereitzustellen.

bm

1) Jean Suret-Canale, Schwarzafrika (2. Teil), Berlin 1969 (?)

2) ibidem

3) idoc 3, Juni 1970

4) Publik, 28. Mai 71

5) Publik, 18. Juni 71

Dieses Arbeitspapier wurde erstellt von Mitarbeitern der Aktion 3. Welt, Freiburg, in Zusammenarbeit mit dem AK Synode der KHG Freiburg.

Kenia - Serie

Wo das Reisen noch schön sein soll[1]

Bilanz einer ernüchternden Kenia-Reise in 6 Folgen

Einer der Mitarbeiter des iz3w konnte im Mai eine längere Reise durch Kenia unternehmen. In dieser und den fünf folgenden Nummern geben wir die Bilanz dieser Reise wieder, die mit zahlreichem Material einen Einblick in das "Entwicklungsmodell" Kenia gewährt.

> "... freedom from poverty, disease and exploitation; equal opportunities for advancement; rising incomes fairly distributed among the people and the recognition of the dignity of every individual."[2]

1. Teil: NAIROBI – „STADT IN DER SONNE" IM BELAGERUNGSZUSTAND

Im Flughafengebäude: vorwiegend weiße, indische, aber auch einige schwarze Fluggäste; schwarzes Bedienungspersonal; und zum Geldwechseln ein Schalter des traditionsreichen Londoner Bankhauses Barkley.
Die Fahrt ins Zentrum von Nairobi: vorbei an kilometerweit sich ausbreitendes, landwirtschaftlich brachliegendes Spekulationsland; vorbei an einem drive-in-Kino; vorbei an modernen Industrieanlagen: Firestone, BP und andere aus Europa vertraute Namen.

Im Zentrum der "Gartenstadt Nairobi mit der unermüdlichen Blühfreudigkeit der Bougainville- und Jakarandabäume" (Neue Züricher Zeitung) dann das, was man schon durch Peter Stuyvesand weiß: Pulsender Verkehr, elegante Autos, elegante Geschäfte, ein Hilton-Prunkbau und das noch vornehmere "New Stanley", "Panafric" oder auch das ehrwürdige "Norfolk", Treffpunkt der alten und neuen Kolonialbourgeoisie. Daneben aber auch Afrikanisches oder besser, Neu-Afrikanisches: Das Parteigebäude der K.A.N.U. (Kenias Einheitspartei); zur Zeit noch im Bau; Bauziel 24 Stockwerke - 4 mehr als der Hilton-Klotz und damit höchstes Gebäude Ostafrikas; Kostenpunkt ca. 60 Millionen DM. Weniger repräsentativ, aber architektonisch immer noch eindrucksvoll die Paläste einiger Ministerien und der Stadtverwaltung von Nairobi: komfortable Arbeitsstätte einer seit der Unabhängigkeit explosiv wachsenden Beamtenheeres, das gemäß dem aus der Kolonialzeit übernommenen kapitalistischen laissez-faire-Prinzip in betont unauffälliger Weise das Elf-Millionen-Volk umsorgt - unauffällig vor allen Dingen in ländlichen Gebieten und städtischen Slums, jedenfalls solange man hier nicht aufbegehrt. Neu-afrikanisch auch die Mercedes-Flotte (mit einem 6-Liter-Mercedes als Führungsfahrzeug),

die gerade einem hohen Gast aus einer befreundeten afrikanischen Nation das Geleit gibt. Neuafrikanisch auch das Gardebataillon (mit tadellosem original englischen Drill und einer militärischen Kostümierung des europäischen 19. Jahrhunderts), das diesen hohen Gast zuvor auf dem Nairobi-Airport willkommen hieß.

Aber so ganz unter sich vermag man in dieser "City in the Sun"[3] nicht zu sein: Gestalten in zerlumpter Kleidung, hartnäckige Bettler und Straßenhändler, herumlungernde arbeitslose Jugendliche wollen - auch unaufgefordert - mit dabei sein. Sie erinnern zugleich an das, von dem man nur ungern sieht und hört: an eine Belagerung, der Nairobi genauso wie Sao Paulo, Caracas oder Lagos ausgesetzt ist, der Belagerung durch häßliche, übelriechende Massenarmut. Pumwani, Marthary Valley, Kaburini und anderen in den Stadtplänen Nairobis nicht verzeichneten Slums sind die Zentren dieser Belagerung; und mehr als die Hälfte der Stadtbevölkerung nimmt durch ihr Elend schweigend an ihr teil. Sie sind nicht aggressiv, aber hartnäckig. Sie sind politisch harmlos, aber entschlossen, sich nicht aus Nairobi vertreiben zu lassen. Schon das jedoch ist ärgerlich genug - und dies nicht nur aus Gründen der sozialen oder städtebaulichen Ästhetik: Der größte Teil dieser ungeladenen, industriell schon lange nicht mehr voll verwertbaren Mitbürger und Zuschauer siedelt ausgerechnet dort, wo der Boden eigentlich einem anderen Zweck zugedacht ist - der Grundstücksspekulation. Was sich Funktionäre der KANU oder des City Council (z.B. der Vize-Bürgermeister von Nairobi) oder erfolgreiche Geschäftsleute mit wachsamem Unternehmerinstinkt an Boden zu sichern wußten und zu einem späteren Zeitpunkt internationalen Hotelkonzernen, der in- und ausländischen Industrie oder ihrem eigenen Brotgeber zum Kauf anzubieten gedenken, findet sich an vielen Stellen mit einer häßlichen Haut von schäbigen Hütten aus Lehm, Holz, Pappe und Wellblech überzogen. Daß die Bewohner dieser "Behausungen" für den Boden, von dessen kommenden Börsenwert sie nicht einmal eine Ahnung haben, nicht zahlen können, braucht nicht betont zu werden.
Nun, man nimmt, wie zu erfahren ist, diese stillschweigende Expropriation nicht hin: Wenn bloße Ermahnungen nicht fruchten (und sie fruchten nie), werden zusammen mit der Stadtverwaltung Ausfälle in die illegal besetzten Slumzonen organisiert. Arbeitskolonnen des City-Council kämpfen dann mit Bulldozern und Feuer innerhalb weniger Stunden oder Tage den Boden Quadratmeter um Quadratmeter wieder frei und eröffnen ihn in einem sauber planierten Zustand den vom legalen Besitzer zugedachten Zwecken. Den ent-hausten Bewohnern gibt man den Rat, wieder aufs Land zurückzukehren. Sicher, man weiß wohl, daß die Dörfer im engeren wie weiteren Umkreis von Nairobi inzwischen überquellen von Land- und Arbeitslosen. Das kann jedoch nicht das Problem der Leute sein, die einen rechtmäßigen Besitztitel auf den Boden der squatter settlements Nairobis (und anderer Städte Kenyas haben); und Kenia ist, so wird von berufener Stelle gesagt, ein Rechtsstaat; Kenia achtet das Eigentum!
Für die Bewohner von Kaburini, das Ende 1969 das letzte Mal planiert wurde, fand man übrigens eine durchdachtere Lösung: Man transportierte die 1500 Seelen umfassende Wohngemeinde, nachdem man ihren Besitzstand auf nahe Null reduziert hatte, auf Lastwagen in ein von jeder Verkehrsverbindung nach Nairobi abgeschnittenes Waldstück, wo man zuvor auf Boden, der niemandem gehört (!), 15 (fünfzehn) Zehn-Mann-Zelte hatte aufrichten lassen und überließ die Umsiedler dort mit dem Versprechen, sie später an einer anderen Stelle der Stadt wieder fest und legal (!) anzusiedeln, ihrem natürlichen

Selbsterhaltungstrieb. So entstand die Einsiedlergemeinde Nji wa Huruma (Ort der Hoffnung). Sie war im Mai 71 gerade einundeinhalb Jahre alt - ebenso alt war das Elend der Menschen in den fünfzehn Armeezelten und den hundert, vom anhaltenden Tropenregen zerzausten "Hütten" aus Lehm, Baumästen und Pappe (Wellblech oder Kanisterblech ist den Bewohnern zu teuer). Faschistische Methoden? "Warum kommen die Leute nach Nairobi? Niemand hat sie gerufen." In der Tat, die industrielle Reservearmee Nairobis und anderer Städte des Landes ("wo das Reisen noch Spaß macht" - Frankfurter Rundschau) könnte ohne Folgen für die Industrie um die Hälfte reduziert werden (es gäbe dann immer noch genug Arbeitslose, die bereit wären, für 50 - 60 DM im Monat zu arbeiten). Die ländlichen Gebiete spucken viel zu viel an ungelernten Arbeitskräften aus. Die Landflucht oder die Flucht vor der Not auf dem Lande hat viel zu früh eingesetzt. Europa war hier ausnahmsweise mal nicht Vorbild für Kenia.

Dieses nicht gerufene Lumpenproletariat stört aber auch in anderer Hinsicht: Es schüchtert die Touristen ein und irritiert das ausländische Kapital. So malerisch urafrikanisch die Armut und das Elend auf dem Land sich - auch heute noch - präsentiert, so abstoßend und furchterregend ist beides in den endlosen Slums der Städte anzuschauen. Die Gäste des Hilton brauchen zwar nicht dort hinzugehen und tun es in der Regel auch nicht; die Bewohner der Slums könnten aber mal in bedrohlicher Zahl und Haltung zu den Gästen des Hilton, New Stanley oder Panafric kommen.
Und daß städtische Massenarbeitslosigkeit der Nährboden für "politischen Radikalismus" ist, weiß sicher auch jeder europäische, nordamerikanische oder japanische Unternehmer. Beide Gruppen aber, die Touristen und die ausländischen Unternehmer, sollen sich, so will es die Regierung, in Kenia wohlfühlen. Mit der Linken des Landes hat man allerdings gerade erst in eindrucksvoller Weise abgerechnet: Eine aufgebrachte Menge in Kisumu lieferte den Aufhänger: Man trieb die Menge mit Rundumschüssen auseinander, verbot die sozialistische Partei des Landes (K.P.U.) und verhalf ihrem Führer Odinga, der zudem noch Luo (zweitgrößter Stamm des Landes, der zur Zeit nicht an der Regierung ist) ist, im Gefängnis zu einem Gesinnungswandel. Das Investitionsklima in Kenia gilt deshalb noch als gut, und noch zeigt der ausländische Tourismus keine Nervosität, so betont wenigstens der deutsche Botschafter gegenüber dem Handelsblatt. Aber, man macht sich Sorgen um die Zukunft und spricht über kein Thema so viel wie über die wachsende Arbeitslosigkeit und die ihr innewohnenden Gefahren.

Anmerkungen:

1 In Abwandlung eines in der F.R. abgedruckten Kenya-Reiseberichtes "Wo das Reisen noch schön ist", 6.11.69
2 sozialpolitische Ziele, die die Kenianische Regierung vorgibt, mit ihrem seit 1970 laufenden 5-Jahres-Plan anzusteuern; abgedruckt in "Planning for Progress-Our Second Development Plan", Nairobi 1970
3 Titel eines Werbeprospektes über Nairobi

Die weiteren Themen werden sein:

2) Besuch in einem kenyanischen Dorf: Kapitalismus im status nascendi
3) Wer regiert in Kenia: die Leute, die an der Futterkrippe sitzen
4) Noch besser und vornehmer als Eaton: Besuch in der kenianischen Elite-high-school
5) Botschaftsgespräche: Botschafter Ruhfus und seine Leute
6) Wie und warum "hilft" die Bundesrepublik

---

siba

Kenia: Bruch des Zamco-Boykotts?

V o i t h fordert Solidarität afrikanischer Staaten mit den Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika heraus.

Die an ZAMCO beteiligte deutsche Firma J.M.Voith,Heidenheim a.d. Brenz, bewirbt sich gegenwärtig um die Lieferung von Ausstattungsgütern im Werte von DM 4o Mio für eine neugegründete Zellstoff- und Papierfabrik in Kenia (Panafrican Paper Mills (EA) Ltd.).
Die Erfolgsaussichten von Voith,diesen Auftrag zu erhalten, werden von gut unterrichteten Kreisen in Kenia als sehr positiv bezeichnet,da Voith ein günstiges Lieferangebot unterbreitete,für das sich die Bundesregierung grundsätzlich bereit erklärte,eine Ausfuhrbürgschaft zu übernehmen, und Voith Kontakte zu einflußreichen kenianischen Beamten und Politikern geknüpft hat.
An der Panafrican Paper Mill sind mehrere große ausländische Interessenten beteiligt.
Offenbar versucht Voith und deren größere Partner mit dieser Lieferung zu demonstrieren,daß der von den afrikanischen (besonders ostafrikanischen) Staaten erklärte Boykott derjenigen Unternehmen, die sich am Bau des Cabora Bassa Staudamms beteiligen,nicht ernst zu nehmen ist.

cabora bassa:

Weitere Informationen zu Cabora - Bassa

In Nr. 6/7 veröffentlichten wir eine Information,nach der die CB - Firmen aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten bei der Bundesregierung um eine Bürgschaftserhöhung nachgesucht hätten; diesem informellen Gesuch habe die Bundesregierung mit Verweis auf den zu erwartenden Protest der Öffentlichkeit nicht stattgegeben.

Diese Information ist nun teilweise von öffentlicher Seite bestätigt worden:
Der leitende Direktor der Firma Voith/Heidenheim,Herr Rupf[1] sagte in einer Podiumsdiskussion am 24.5.71 in Crailsheim,an der auch ein Vertreter des iz3w teilnahm,sinngemäß,die Firma Voith würde sich lieber heute als morgen aus Cabora Bassa zurückziehen. Als Grund gab er u.a. an,daß das Projekt heute für keinen Beteiligten noch finanziell interessant sei und daß Voith von den Schluchseewerken einen Großauftrag bekommen habe, der ihnen den Verzicht auf Cabora Bassa leicht machen würde. Nur die Vertragstreue würde seine Firma noch im Projekt halten.

Auch ein Schreiben des BMWi + BMF - Chefs Schiller an den Aktionskreis Dritte Welt Dortmund vom 8.6. bestätigt die eingangs genannte Information. So heißt es in diesem Brief[2]:
Zu den in Ihrem Schreiben vom 23.5.1971 geäußerten Bedenken hinsichtlich einer Erhöhung der Hermesbürgschaften für das Cabora Bassa - Projekt teile ich Ihnen mit,daß die Bundesregierung eine derartige Erhöhung nicht beabsichtigt."

Die Herstellung von Thyristoren[3] für Cabora Bassa auf Schloß Brezfeld (Siemens,Werk München) ist eingestellt worden.

---

1 Die Stellung von Herrn Rupf widerlegt das von der Industrie so gern zitierte Argument der Trennung von Handel und Politik. Herr Rupf saß nach eigener Aussage 2o Jahre lang bis Ende 197o als Sachverständiger (Industrievertreter) im interministeriellen Exportgarantienausschuß,hat also die Hermesbürgschaft für den CB - Anteil seiner eigenen Firma selbst empfohlen. Nun ist er in den Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau übergewechselt und wird über event. Exportkredite für das Kenia-Projekt seiner eigenen Firma (s.S. 15) mitentscheiden.
2 Dieser Brief ist beim iz3w einzusehen.
3 Die Thyristoren sind das Herzstück der Hochspannungs-gleichstromübertragung. Aus ihnen werden die Stromrichterbrücken aufgebaut,die den Strom von Cabora Bassa gleichrichten und auf 133 kV transformieren sollen. Die gesamte Technik wird zur Zeit nur von ASEA (die ausgestiegen ist),Siemens sowie einer einer englischen Firma,die die Patente von ASEA übernommen haben soll,beherrscht.
Wie die folgenden Zeitungsmeldungen zeigen,spitzt sich die Lage im Umkreis der Baustelle weiterhin zu.

Zwischenfälle bei Cabora Bassa

SONGO, 14. Mai (epd). Die Sicherheitsmaßnahmen für die ausländischen Techniker, die am Cabora-Bassa-Projekt in der portugiesischen „Übersee-Provinz" Mosambik arbeiten, werden nach einigen Zwischenfällen in der letzten Zeit laufend verstärkt. In vierzehn Kilometer Umkreis um das Techniker-Camp Songo wird ein Verteidigungsring gebaut; teilweise werden Stacheldrahtzäune gezogen. Der Verkehr nach Tete, der etwa 100 Kilometer entfernten Distriktshauptstadt, darf nur noch in Konvois unter militärischer Begleitung durchgeführt werden.

Frankfurter Rundschau
15.5.71

Erste Tote bei Cabora Bassa

LOURENCO MARQUES, 1. Juni (UPI/FR). Erstmals ist in einem portugiesischen Militärkommuniqué, das jetzt in Lourenco Marques veröffentlicht wurde, eingeräumt worden, daß im Gebiet von Cabora Bassa bei Überfällen „einige Personen" getötet worden seien. Autofahrten zwischen der Baustelle, an der das geplante Kraftwerk entstehen soll, und der 120 Kilometer entfernten Distriktshauptstadt Tete seien seit Wochen nur noch mit Militärbegleitung möglich, weil die Aktivität der mosambikanischen Befreiungsbewegung FRELIMO stark zugenommen habe. In dem Kommuniqué heißt es weiter, seit April hätten Regierungstruppen 57 Stützpunkte der FRELIMO erobert. Über Verluste der Portugiesen wurden keine Angaben gemacht.

Frankfurter Rundschau
2.6.71

Bei Weiterführung des Dammbaus wird es dort sicherlich zu größerer Gefechten kommen und die Befürchtung der Studien - gruppe der VDW[4], es werde bei Cabora Bassa zu einem Krieg kommen, kann sich möglicherweise bewahrheiten. Aus einem Bericht über ein Interwiev mit General Kaulza de Arriaga, Führer der portugiesischen Armee, in "The Times" wird ersichtlich, in welcher Weise sich die Portugiesen auf einen Krieg um Cabora Bassa vorbereiten: "Die militärische Seite der Pläne bestehe aus sehr beweglichen, sehr starken Waffen zur Verfolgung der Guerillas. Die nichtmilitärische Seite der Pläne bestehe aus der Gründung einer Vielzahl von Siedlungen (aldeamentos), die als Zentrum sozialer Förderung und Anziehungspunkten dienen und außerdem die Siedler vor feindlichen Gewalttaten schützen. Einige Gemeinden würden auf Selbstverteidigungsbasis gegründet werden."[5]

<u>Was tun?</u>

Weiterführung der Boykottkampagne[6] gegen die CB -Firmen. Wir zwingen dadurch die Firmen, einen zunehmenden Teil ihres Werbeapperats für die Abwehr des Boykotts zur Verfügung zu stellen. (Inzwischen verschickt Siemens bereits fünfseitige Briefe an alle Boykott-Unterzeichner) Es wird wohl auch nicht mehr lange dauern, bis die Firmen auch einen Teil ihrer Massenmedien-Werbung für derart unproduktive Zwecke einsetzen müssen.

Verstärkung des Drucks auf die Bundesregierung, die (angesichts der prekären Wirtschaftslage und ihres daraus resultierenden Imageverlustes) auf Druck - gleich von welcher Seite - äußerst empfindlich reagiert. Dabei sollte man vor allem auf die Verletzung des Rhodesien-Embargos durch Cabora Bassa hinweisen.

Sollte Siemens aus Cabora - Bassa aussteigen, so ist das Projekt mit großer Wahrscheinlichkeit gescheitert; auch die US - Firma "General Electric Company" wird nicht an die Stelle Siemens' treten können, da das US - State Department einen Kredit der Export-Import - Bank an General Electric nicht genehmigt hat und damit dieses Vorhaben blockiert.[7]

gs

4 Stellungnahme der Vereinigung Deutscher Wissenschaftler, Studiengruppe "Probleme der Entwicklungsländer" zum Cabora Bassa - Projekt. Sonderbeilage zu "Afrika heute"
5 übersetzt aus "The Times" vom 1o.2.71
6 Boykott - Karten können bei Dr.R.Müller 1 Bln 48 Kiepertstr.5 bestellt werden.
7 Thimes of Zambia, 12.5.71

Stromlinienausbeutung

Cabora - Bassa - Gruppe , Frankfurt

Das Ende des Ultrakolonialismus

Noch Anfang der 60er Jahre konnte man das portugiesische Kolonialsystem als "Ultrakolonialismus, gekennzeichnet durch wirtschaftliche Unterentwicklung der Metropole, einen rückständigen primär- und agrarwirtschaftlichen Extraktionskolonialismus, durch primitive aber umso brutalere Ausbeutungs- und Unterdrückungsmethoden, sowie durch politischen und wirtschaftlichen Isolationismus analysieren. Heute hat sich dies geändert. Der portugiesische Kolonialismus sah sich einem massiven Zwang zur "Modernisierung" ausgesetzt. Wollte Portugal die Kolonien nicht verlieren - was die Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung des Mutterlandes ausserordentlich verschlechtert hätte - so musste es 1. die national-revolutionären Befreiungsbewegungen in den afrikanischen Kolonien militärisch vernichten (heute befinden sich ca. 200 000 portugiesische Soldaten in Afrika) und 2. einige Reformen durchführen um langfristig die politische Basis der Befreiungsbewegungen zu schwächen, aber auch um eine Legitimationsbasis und Stabilitätsperspektive für die Unterstützung durch den internationalen Kapitalismus und die NATO zu schaffen, die erst den riesigen für Kolonialkrieg und Reformen notwendigen materiellen und finanziellen Aufwand ermöglicht.

Psychologische Kriegsführung

Je erfolgloser die rein militärische Lösung sich für die Kolonialisten erweist - in Guinea (B) kontrolliert die PAIGC bereits 2/3 des Landes, in Angola hat die MPLA heute 1/3 und in Mozambique die FRELIMO 1/5 des Landes unter ihrer Kontrolle - und die Widersprüche sich auf nationaler und internationaler Ebene zuspitzen, desto stärker sehen sich die portugiesischen Kolonialisten gezwungen die bewaffnete Konterrevolution durch eine im weitesten Sinne psychologische Kriegsführung zu ergänzen.
Zur effektiveren Durchführung der Konterrevolution wurden u.a. die folgenden Maßnahmen ergriffen.

1. Abschaffung der Zwangsarbeit in Jahre 1962. Unfähigkeit zur Zahlung von Kopfsteuern wird jedoch immer noch mit Zwangsarbeit bestraft. Ebenso kann der Staat Afrikaner für öffentliche Arbeiten zwangsverpflichten.

2. Die Aufhebung des Eingeborenestatus (1961). Zur Wahl zugelassen ist aber weiterhin nur derjenige, der das Portugiesisch in Wort und Schrift beherrscht und eine Mindeststeuer von 200 Escudos zahlt.

3. Neufassung des Grundgestzes für die Überseeprovinzen. Sie sah vor eine gesamtportugiesische Zollunion, die Liberalisierung des internen Austausches von Gütern und Dienstleistungen, freier Verkehr von Personen im gesamtportugiesischen Raum, vollständige Konvertierbarkeit der verschiedenen Währungen der Überseegebiete und Liberalisierung des Kapital- und Geldtransfers.

4. Durch das "organische Gesetz" von 1963 erhielten die weissen Siedler größere Repräsentation in den lokalen Organen, während den Kolonien widerum vermehrtes Mitspracherecht in der "Korporativen Kammer" und dem "Überseerat" der Metropole zugestanden wurde.

5. Erhöhung der Kapazität der Elementarschulen. In den Städten wurden weiterführende Schulen, Berufs-, Fach- und höhere Schulen, Institute zur Lehrerausbildung, die es bisher bloß in der Metropole gab, errichtet. "Institute für Eingeborenenerziehung" und "sozialen Dienst" wurden geschaffen, deren Lehrpläne eine Ausbildung von Sozialarbeitern vorsehen.

6. Zusammenfassung und Ergänzung aller Gesetzte über das Ausländische Kapital (1965). Die Genehmigung für den Transfer ausländischen Kapitals wurde sofort erteilt, besonders wenn das geplante Unternehmen den Bedürfnissen des Aktuellen Entwicklungsprogramms entsprach. Der ausländischen Unternehmer erhielt ausdrücklich das Recht Techniker, Angestellte und Experten in unbeschränkter Anzahl ins Land zu holen und sie in ausländische Währung zu entlohnen. Günstige Steuerbedingungen und Regelungen des Kapitaltransfers wurden eingeführt.

7. Besetzung einiger wichtiger Verwaltungsposten mit Afrikanern (z.B. in Angola: Julio Castro Lopes, Direktor der Gerichtspolizei; Pinheiro da Siva, Provinzsekretär für Erziehung; Sincletico Torres, Mitglied der portugiesischen Nationalversammlung).

8. Ausspielung und Initiierung von Konflikten zwischen ethnischen Gruppen, sowie zwischen Schwarzen und Mischlingen.

9. Einrichtung von strategischen Dörfern, in denen Bevölkerungsteile, von denen die Kolonialisten eine Solidarisierung mit den Guerillas erwarten, mit Stacheldraht und den verschiedenen Mitteln der sozialen Technik vom national-revolutionären Befreiungskampf isoliert werden sollen.

Im Rahmen der psychologischen Kriegsführung sind auch die Ankündigungen des Premierministers Caetano - die letzte fand Anfang Dezember 1970 in der Nationalversammlung statt - von "konstitutionellen Reformen" und "Veränderungen" in den Beziehungen Portugals zu seinen Kolonien zu analysieren. Caetano beeilte sich zu versichern, daß die "Liberalisierungsmassnahmen" seines Autonomie-Programms nicht sehr weit gingen und die Verfassung von 1933 prinzipiell nicht berührten.

Die FRELIMO (Front zur Befreiung Mozambiques) sieht deshalb sehr richtig, daß die versprochene "Autonomie" weit davon entfernt ist eine interne Selbstregierung, ganz zu schweigen von völliger staatlicher Unabhängigkeit zu realisieren. Die Dezentralisierung der Administration bedeute vielmehr eine Rationalisierung der Kolonialherrschaft, die eine effizientere Integration ermögliche. So versicherte Caetano, daß die Generalgouverneure weiterhin als Delegierte der Zentralregierung fungieren und die politisch-administrativen Organe der Kolonien nicht mit eigener Autorität, sondern der des portugiesischen Staates ausgestattet blieben.

Zur Funktion des "Autonomie Programms"

Wenn also die intendierten Reformen wenig Konsequenzen für die Struktur politischer Beherrschung und wirtschaftlicher Abhängigkeit der Kolonien besitzen, so ist nach ihren eigentlichen Funktionen zu fragen. Diese sind in der portugiesischen Taktik der Konfliktvermeidung auf internationaler und nationaler Ebene zu suchen, die die konterrevolutionäre Strategie in den Kolonien und die wirtschaftliche Entwicklung im Lande selbst absichern soll.

1. Das vergrößerte Mitspracherecht der Kolonien kommt den Interessen der weissen Siedler entgegen, die in Mozambique 24 der 27 gewählten Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung stellen. Sowohl in Angola, als auch in Mozambique übten die weissen Siedler in den letzten Jahren zunehmend Kritik an der Praxis der ökonomischen Integration, die unter Berufung auf "nationale Interessen" bloß der Metropole nütze und die Siedler handfest benachteilige. In Angola soll bereits nach rhodesischem Vorbild eine UDI (Unilateral Declaration of Independence) Bewegung gegründet worden sein.

2. Das "Autonomie Programm" impliziert eine Kritik an den portugiesischen Verfechtern der rohen Politik militärischer Abschreckung und Stärke. Es ist daher zu werten als Eingeständnis des Scheiterns der Politik der rein militärischen Lösung für die Kolonien und als Einschwenken auf die Linie kombinierter militärischer und imperialistisch-psychologischer Kriegsführung. Die schwarze Bevölkerung erhält nun den Status von Menschenmaterial, das mit Hilfe wissenschaftlicher Erkenntnisse der Soziologie, Psychologie und Ethnologie im Interesse reibungsloserer Herrschaft bearbeitet werden soll.

3. Das Caetanosche Programm der Autonomie intendiert weiter die Beschwichtigung der wachsenden portugiesischen Opposition gegen den Kolonialkrieg. Auf die mehr spektakuläre Seite dieser Opposition hat in letzter Zeit die internationale Presse in Berichten über Sprengungen von Flugzeugen, Sabotage von Transportschiffen für Kriegsmaterial, Desertierungen und die Intervention der Polizei a.d. Universitäten von Lissabon und Coimbra etc. aufmerksam gemacht. Da die Herrschaft der Regierung über das Land autoritär-terroristische Züge besitzt, die sich unter dem Zwang einer forcierten Industrialisierung eher noch verfestigen werden, ist es realistisch anzunehmen, daß die Opposition gegen die kolonialistische Außenpolitik zur Kritik gegen das System als solches fortschreitet und sich verbreitern wird. Konfliktmanagement muß daher auch zu einem wichtigen Moment der Caetanoschen Innenpolitik werden. So sieht der Caetanosche Reformentwurf auch noch einige innenpolitische "Lockerungen" vor, von denen die wichtigste das neue Pressegesetz ist. Aber auch dieses Gesetz tastet die Grundstrukturen der autoritären Diktatur nicht an: jede Zeitung muß 12 Stunden vor Erscheinung bei den Behörden vorliegen, die Zensur bleibt weiter tätig im Interesse der "Einheit der Nation" und des "internationalen Prestiges des Staates", die Gründung von Zeitungen kann verboten werden und (endlich) last but not least wurden alle Zeitungen im letzten Jahr von den Grossbanken aufgekauft.

4. Auch die europäische, ausserportugiesische Bewegung zur Unterstützung der FRELIMO, MPLA und PAIGC ist bei der rein moralischen Verdammung des portugiesischen Kolonialkrieges nicht stehengeblieben. Am Beispiel des Cabora Bassa Staudammprojekts wurde ihr handreiflich die enge Verflechtung wirtschaftlicher, politischer und militärstrategischer Interessen zwischen dem NATO-Staat Portugal und den westlichen Regierungen und Kapitalisten vor Augen geführt. Die FRELIMO hofft deshalb, daß diese Bewegung zu einer wirksamen Opposition gegen die Assoziation Portugals an die EWG werden wird. Da Englands Beitritt zur EWG das Ende des für Portugal wichtigen "Europäischen Freihandelsabkommens" (EFTA) bedeutet, bemüht sich Portugal intensiv um Assoziation an die Wirtschaftsgemeinschaft; am 7.1.1971 begann die 2. Runde der Verhandlungen. Hier kann Portugal zumindest mit

dem politischen Protest einiger assozierter afrikanischer Staaten rechnen; erfahrungsgemäß bleiben jedoch solche Proteste praktisch wirkungslos und führen allenfalls zu einer Welle von Legitimationsversuchen von Seiten der europäischen Regierungen und Unternehmerverbände. Die französische Regierung - wichtigster Waffenlieferant Südafrikas - jedenfalls hat Portugal schon ihre Unterstützung bei den Verhandlungen mit der EWG zugesagt im Austausch gegen verstärkte französische Waffenverkäufe an das kolonial-faschistische Regime. Im Tauziehen um die Assoziationsbedingungen für das "euro-afrikanische Reich portugiesischer Nation" soll das "Autonomie Programm" Caetanos zur "Imagepflege" der portugiesischen Regierung beitragen. Wie weit diese ihre Wirksamkeit entfalten kann, hängt der FRELIMO zufolge wesentlich von den Aktivitäten der demokratischen und sozialistischen Opposition in Europa ab.

Emanzipation im Volkskrieg

Die FRELIMO ihrerseits, die klar erkannt hat, daß die Stärke des Volkskrieges in seiner Verankerung in den Interessen und Bedürfnissen der unterdrückten Bevölkerung liegt, hat den Kampf auch gegen die psychologische Kriegsführung Portugals in Mozambiques aufgenommen. Vor einiger Zeit hatten die Portugiesen im Rahmen ihres psycho-sozialen Programms (Bau von Schulen und Wehrdörfern durch die Armee; Ausbildung von Sozialarbeitern; Radiosendungen in afrikanischen Sprachen und mit afrikanischer Musik) einen Psycho-Sozial-Dienst eingerichtet, bestehend aus weiblichen Mitgliedern der kolonialen "high society" mit der Aufgabe, besonders in den Dörfern der Kriegszonen konterrevolutionäre Propaganda zu treiben. In den Dörfern wurden Geschenke der portugiesischen Regierung - Spiegel, Perlen und Süßigkeiten - ausgeteilt sowie Filme vorgeführt, in denen einerseits die technische Überlegenheit der portugiesisches Armee dargestellt und anderseits das brüderliche Verhältnis der Schwarzen und Weißen "portugiesischer Nation" beschworen wurde. Die FRELIMO nutzte diese Bestechungsversuche erfolgreich als eine Gelegenheit, die Bevölkerung anhand eines weiteren lebendigen Beispiels über die Taktik der Kolonialherren aufzuklären, so daß der Psycho-Sozial-Dienst eingestellt werden musste.

Die FRELIMO, die wie die MPLA Angolas der politischen Ausbildung der Bevölkerung eine strategisch entscheidende Rolle im Volkskrieg zuweist (Prinzip des Primats des Politischen vor dem Militärischen), beantwortet die hinterlistige Bestechungspsychologie der portugiesischen Kolonialisten nicht mit den gleichen Irrationalismen. Ihre politischen Argumente zielen auf Emanzipation, nicht Manipulation der Kolonisierten wie folgender Auszug aus einer von der FRELIMO organisierten Sendung des Aussendienstes Radio Tansanias beispielhaft demonstriert:

> "Wir haben unseren Feind definiert. Wir wissen, daß wir gegen Kolonialismus, Imperialismus und Ausbeutung des Menschen durch den Menschen kämpfen......gegen Grosskonzerne, Kapitalisten, Feudalisten und die neuen Ausbeuter......Wir bekämpfen jene, die unsere Arbeitskräfte ausbeuten um reich zu werden, und die unser Elend ausnutzen. Wir kämpfen nicht gegen ein Volk oder eine Religion, wir können nicht gegen ein unterdrücktes Volk kämpfen, weil wir selbst unterdrückt sind.....Die portugiesischen Kolonialisten wollten, daß wir alle Weißen angreifen, daß wir portugiesische Zivilisten, Frauen und Kinder töten. Dann hätten sie die portugiesische Bevölkerung besser gegen uns mobilisieren können, und ebenso alle Menschen guten Willens und alle mensch-

lichen Werte. Aber im Gegenteil, wir haben allen, auch der portugiesischen Bevölkerung, gezeigt, daß die Portugiesen die wahren Rassisten, Terroristen und Mörder sind. Die portugiesischen Kolonialisten sind diejenigen, die plündern und foltern. Sie hassen den Volkskrieg, nicht nur weil sie ihre Niederlage fürchten, sondern auch weil sie vor aller Welt demaskiert wurden.

Auch die Imperialisten hassen unseren Krieg. Wir wissen, was die grossen Konzerne für uns bedeuten, für welche Ziele die Reichen stehen, wer die Ausbeuter und Kapitalisten sind, seien sie Portugiesen, Amerikaner, Franzosen, Engländer oder Westdeutsche. Sie dachten, sie könnten uns - mit oder ohne Portugal - weiter ausbeuten, wie sie es in einigen unabhängigen Ländern noch immer tun. Wir haben registriert, daß die Sena Sugar Estates britisch, die Gulf Oil und Hunt International u.a. Kompanien amerikanisch sind. Wir haben Waffen und Flugzeuge erbeutet, die in den USA, Großbritanien, Belgien und Westdeutschland hergestellt wurden und nicht in Portugal.

Für unseren Sieg ist es sehr wichtig, daß wir alle diese Tatsachen verstehen.

Um den Volkskrieg erfolgreich führen zu können, müssen wir unser ganzes Volk mobilisieren, so daß wir alle politisch bewußt werden und ein Klassenbewußtsein der Arbeiter und Unterdrückten entwickeln. Wir kämpfen, damit das Volk die Macht erhält, damit die Regierung Mozambiques den Arbeitern, Bauern, Zwangsarbeitern und den revolutionären Kämpfern und Intellektuellen gehört.

Die neuen Ausbeuter erwarteten, daß wir die Portugiesen vertreiben um sie bloß durch Leute aus unseren eigenen Reihen zu ersetzen, daß wir einen weissen durch einen schwarzen Ausbeuter ersetzen, einen weissen Fabrikdirektor durch einen Schwarzen......Aber das wird nicht geschehen. Und da sie dies jetzt wissen, hassen die neuen Ausbeuter den Volkskrieg."

Gerade das Prinzip des Primats des Politischen vor dem Militärischen, im national-revolutionären Befreiungskampf das auch verhindern soll, daß nach dem Sieg die Bevölkerung erneut Objekt unkontrollierter, reaktionärer Herrschaft wird, ist angewiesen auf ein effektives Netz der Kommunikation. Daher ist der Rundfunk ein äußerst wichtiges Mittel zur Unterstützung der Mobilisierungsarbeit der Guerillas und politischen Kader in den befreiten und noch umkämpften Gebieten.

Aber Radios und Finanzmittel der Befreiungsbewegungen sind knapp. Deshalb helfen Sie, daß der technologische Vorsprung der hochindustrialisierten Länder, der von den Imperialisten bis heute zur Ausbeutung, Unterdrückung und Manipulation der 3. Welt genutzt wird, in den Dienst der Emanzipation von Kolonialismus und Imperialismus gestellt wird.

SPENDEN SIE GELD für den KAUF VON RADIOS für die FRELIMO und die MPLA auf das Konto der Cabora Bassa Gruppe, Frankfurt; Bank für Gemeinwirtschaft, 6 Frankfurt/Main, Konto Nummer 10 51 41 09 - Stichwort "Radios für die Befreiten Gebiete".

Cabora Bassa Gruppe, Frankfurt/Main

Unterstützung der Befreiungsbewegungen

Neben dem Schwergewicht unserer Arbeit, der Beeinflussung politischer Entscheidungen hier in der BRD, müssen auch jetzt die Möglichkeiten der Unterstützung der Befreiungsbewegungen wahrgenommen werden.

Gemäß den Beschlüssen der Arbeitstagung in Trier wurden verschiedene Möglichkeiten,FRELIMO, MPLA und PAIGC zu unterstützen, erkundet bezw. eingerichtet:

1. Spendenkonto für schnelle medizinische Hilfe:
   Pro Afrika
   Deutsche Bank Beuel — Postschek Köln
   o99 22 22 / o2 — 2o8 1oo
   Stichwort für beide Konten: Medikamentenhilfe südl.Afrika

   Von diesem Konto können ad hoc notwendige Medikamente eingekauft werden. Die Aufsicht über dieses Konto wurde in Trier übertragen an: Cabora Bassa-Gruppe Frankfurt (H.J. Müller), Gruppe für internationale Zusammenarbeit (M.Dönitz) und Aktion Dritte Welt (G.Stingl)

2. Medico international hat sich bereit erklärt, Medikamente (auch Ärztemuster) und med. Instrumente anzunehmen,zu sortieren und den Versand an die Befreiungsbewegungen zu organisieren. Untenstehend einen Überblick über die meistgebrauchten Güter. (Eine ausführliche Medikamentenliste kann beim iz3w bestellt werden.)

   medico international
   6 Frankfurt 56
   Harheimer Weg 24 a
   Tel o611/ 5o324o
   5o328o
   Telex: 416153 mecod

Medikamente

Antibiotika, Sulfonamide
Schmerzlindernde + fiebersenkende Mittel
Antimalariamittel
Infusionslösungen (Kochsalzlösungen)
Infusionsgeräte + chirurgische Instrumente
Vitaminpräparate, Eisenpräparate
Verbandsmaterial
Medizinisch-techn. Geräte (Spritzen, Bestecke, etc.)

3. Spenden können auch unmittelbar auf die Konten der Befreiungsbewegungen eingezahlt werden:

   FRELIMO:
   Xavier Sulila,finance secretary
   Mozambique liberation front
   External account no.52346
   National Bank of Commerce
   City Drive Branch
   Dar es Salaam,Tanzania

   MPLA:
   Commercial Bank of Zambia
   P.O. Box 1o9o
   Cairo Road
   Lusaka, Zambia
   Account MPLA
   name: Daniel Chipenda
   Van Dunem

Landwirtschaftliche Hilfsgüter

Buschmesser
Hacken, Spaten
Traktoren + Pflüge
Saatgut: (mexikanischer) Mais
Düngemittel: Kalium, Phosphat
etc.

Technische Hilfsgüter

Motorenoil
Batterien aller Art
Funkgeräte und Zubehör
Ersatzteile für Daimler–Benz, Peugeot, VW. spez. Autoreifen
Nähmaschinen
Mopeds und Ersatzteile
Generatoren, Wasserpumpen
Fahrräder und Ersatzteile
Werkzeuge für den Haushalt und Holzbearbeitung
etc.

Lebensmittel

Eipulver
Ovomaltine (Ovo–Sport)
Pelargon
etc.

Bekleidung

Kattun in Ballen
Baby– und Kinderwäsche

Sonstige Hilfsgüter

Großzelte, Abdeckplatten
Plastik in Meterware
Aluminium–Krankenbetten
Bettwäsche
Kochtöpfe, Bestecke, sonstige Behälter
Wolldecken
etc.

Die Güter,die von medico internat. hauptsächlich gesammelt werden. Weitere Inf. bei medico internat.

china

Chinas Wirtschaft im Aufschwung

Peking hat kürzlich die erfolgreiche Beendigung des dritten Fünfjahresplanes bekanntgegeben. Während neun aufeinanderfolgender Jahre sollen gute Ernten erzielt worden sein. In der industriellen Produktion wird ein neuer Aufschwung erwartet. Die Preise seien stabil. Zugleich wurde der Beginn der vierten Fünfjahresplan-Periode angekündigt. Dabei wurde deutlich, daß die Richtlinien für die wirtschaftliche Entwicklung gegenüber der jüngsten Vergangenheit nicht verändert werden. Man will sich weitgehend auf eigene Mittel stützen.

Es scheint auch, daß sich China nach den wirtschaftlichen Reformen der letzten Jahre eine gute Ausgangsbasis für die Durchführung des vierten Fünfjahresplanes geschaffen hat.

Peking hat in jüngster Zeit noch zahlreiche andere Meldungen über wirtschaftliche Erfolge veröffentlicht. Auch fast alle China-Beobachter in Hongkong stimmen darin überein, daß die chinesische Wirtschaft im letzten Jahre Fortschritte gemacht hat und heute in einer deutlich besseren Verfassung ist als 1966 zu Beginn der Kulturrevolution. Die landwirtschaftliche Produktion dürfte 1970 um insgesamt 10 Prozent gewachsen sein. Nach Radio Peking ist beispielsweise in der Szechuan-Provinz die Produktion von Getreide und von Pflanzenölen um je 10 Prozent und jene von Baumwolle um 20 Prozent gestiegen. In Honan soll die Getreideproduktion das Plansoll ganz erheblich übertroffen haben. Gute Ernten wurden auch aus den nordöstlichen Provinzen Heilungkiang, Liaoning und Kirin gemeldet.

Auch vom industriellen Sektor wurden Produktionssteigerungen gemeldet. Der Akzent in der Industrialisierung liegt heute auf der Errichtung von kleineren und mittleren Betrieben, die weitgehend aus lokalen Mitteln finanziert werden. Besondere Aufmerksamkeit ist der Erhöhung der Produktivität gewidmet worden. In Peking haben die Arbeiter 1970 die Ziele in der Produktion von Eisen und Stahl, Werkzeugmaschinen, Autos, Motoren, Generatoren, elektrischen Erzeugnissen, Ölprodukten, Zement und Kunstdünger übertroffen; die gesamte Industrieproduktion in Peking habe um 33 Prozent über jener von 1969 gelegen und sei doppelt so groß wie ihm Jahre 1965 gewesen. Tientsin habe sein gesamtes Plansoll bereits einen Monat vor Jahresende erfüllt. Die Industrieproduktion Tientsins sei 1970 um 23 Prozent höher gewesen als im Jahre 1969. Beträchtliche Steigerungen wurden für Walzstahl, Metallschneidemaschinen, Ausrüstungen für die chemische Industrie, Traktoren, synthetischen Ammoniak, Instrumente und Meßgeräte, Kunstfasern, Antibiotika und Uhren gemeldet.

Große Aufmerksamkeit scheint heute auch dem technischen Fortschritt und der wissenschaftlichen Forschung gewidmet zu werden. Überall im Lande führt man auf breiter Basis wissenschaftliche Experimente durch. So soll die einmal rückständige elektronische Industrie in Peking ein völlig neues Gesicht erhalten haben. Von Forschungsgruppen seien unter anderem eine Maschine zum Züchten von Siliziumkristallen, neue Schleif- und Graviermethoden und viele andere technologische Prozesse entwickelt worden.

Wie aus anderen Berichten ersichtlich ist, dürfte auch der Lebensstandard der chinesischen Bevölkerung etwas gestiegen sein. Die Märkte in Schanghai, Peking, Tientsin und anderen Städten sollen florieren. Die Läden verfügten über ein gutes Angebot an lebensnotwendigen Produkten wie Reis, Mehl, Speiseöl, Schweine-, Rind- und Hammelfleisch, Eiern, Geflügel, Fischen und Zucker. In Schanghai sollen über 140 verschiedene frische Gemüse sowie täglich Süßwasserfische auf dem Markt sein. Infolge der gestiegenen Kaufkraft der Bevölkerung sei 1970 im Vergleich mit dem Vorjahr der Verkauf von Fleisch um 27 Prozent, von Eiern um 31 Prozent, von Fisch um 49 Prozent, von Baumwollstrickwaren um 52 Prozent, von Wollstrickwaren um 59 Prozent, von Baumwollstoffen um 14 Prozent und von Armbanduhren um 28 Prozent gestiegen.

Chinas Außenhandel dürfte 1970 um etwa 10 Prozent zugenommen und ein Volumen von rund 4,2 Mrd. Dollar erreicht haben; davon entfielen etwa 2,2 Mrd. Dollar auf die Exporte und rund 2 Mrd. Dollar auf die Importe. Chinas wichtigster Handelspartner war mit einem Austauschvolumen von über 800 Mill. Dollar wieder Japan. Chinas Importe aus Japan haben sich gegenüber 1969 mehr als verdoppelt, was zu einem erheblichen Außenhandelsdefizit gegenüber Japan geführt hat. Nach Japan waren Hongkonk, Großbritannien, die Bundesrepublik und Frankreich die bedeutendsten Handelspartner Chinas, dessen Außenhandel gemessen etwa an der Zahl der Einwohner (rund 750 Mill.) aber immer noch recht klein ist. Er dürfte auch in Zukunft keine sprunghafte Steigerung erfahren, da in der chinesischen Wirtschaftspolitik der Akzent weiterhin auf der Selbstversorgung und Selbsthilfe liegt.

Der alte Slogan Chinas, wonach die Wirtschaft des Landes „auf zwei Beinen gehen müsse", gilt offenbar auch für die Zukunft. Es werden sowohl Landwirtschaft als auch Industrie gefördert; moderne Methoden finden neben traditionellen Arbeitsweisen Verwendung. In der Landwirtschaft liegt die Aktivität auf einer weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion durch Anwendung besserer Anbaumethoden, Intensivierung der Bewässerung und stärkere Mechanisierung. Auf dem industriellen Sektor sollen kleine und mittlere Betriebe den Vorrang vor großen Industriewerken haben. Besondere Aufmerksamkeit dürfte auch der Verbesserung des Transportwesens gewidmet werden, dessen ungenügender Zustand die wirtschaftliche Entwicklung Chinas immer noch stark hemmt. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß China bald wieder einen „großen Sprung nach vorne" machen wird.

entnommen aus: Außenhandelsdienst der Bank für Gemeinwirtschaft, 10.6.71

scheel und BRASILIEN

Arbeitsgruppe Lateinamerika
der Albertus-Magnus-Akademie

5303 Bornheim-Walberberg
Dominikanerkloster
Postfach 20
Telefon: 0 22 27/453-5

7. Juni 1971

An den Herrn Bundesaußenminister
Walter S c h e e l

5300 B O N N
Adenauerallee 101

Offener Brief

Sehr geehrter Herr Bundesaußenminister!

Sie haben bei Ihrem Besuch in Brasilien vom 22. bis 24. April 1971 gemeinsam mit dem brasilianischen Außenminister B a r b o z a ein Kommuniqué herausgegeben.

In Punkt 13 dieses Kommuniqués heißt es, "daß eine koordinierte internationale Aktion" mit dem Ziel der "Eindämmung von Gewaltverbrechen gegen Menschenleben und Transportmittel" "sehr wünschenswert sei, um die Wahrung der Menschenrechte... zu gewährleisten".

Als Bundesaußenminister werden Sie wissen, mit wem Sie so übereingekommen sind:

> Gemäß Artikel 4 des Institutionellen Aktes Nummer 5 vom 13. Dezember 1968 kann der brasilianische Präsident "ohne Rücksicht auf die von der Verfassung auferlegten Beschränkungen die politischen Rechte jedes Bürgers... aufheben" und die Mandate von Gemeinden, Städten und Ländern kassieren.
> Das bedeutet die Legitimierung der Ausschaltung jeder Opposition.
>
> Gemäß Artikel 3, § 2 der Notverordnung für die nationale Sicherheit vom 27. September 1969 ist in Brasilien jede Tätigkeit der Kompetenz der ordentlichen Rechtsprechung entzogen, "die zum Zweck hat: Meinungen, Emotionen, Haltungen und Verhaltensweisen auf politischer, wirtschaftlicher, psycho-sozialer und militärischer Ebene zu provozieren, die der Verwirklichung der nationalen Ziele entgegenstehen". Diese Verordnung ermöglicht es, nach Belieben jegliche Form von Opposition gegen das brasilianische Militärregime als Kriegsverbrechen zu qualifizieren und mit dem Tod zu bestrafen.

Am 24. März 1971 haben: der Weltgewerkschaftsbund, die Internationale Juristenkommission und die Kommission des Weltkirchenrates für Internationale Angelegenheiten eine Studie mit dem Nachweis der permanenten und systematischen Verletzung der Menschenrechte in Brasilien vorgelegt.

Die brasilianische Regierung wurde mehrmals aufgefordert, u.a. von der Menschenrechtskommission der OAS und dem IRK, eine unparteiische Untersuchung der Lage in ihrem Land zuzulassen; sie ist dieser Aufforderung nicht nachgekommen.

In einer solchen Situation bedeutet der oben angegebene Passus des Kommuniqués eine Verschleierung der wahren Zustände in Brasilien, wo bereits zahlreiche politische Häftlinge durch Polizei- und Militärorgane zu Tode gefoltert wurden.
Eine koordinierte internationale Aktion zur Eindämmung von Gewaltverbrechen gegen Menschenleben ist nur dann sinnvoll, wenn Regierungen wie das brasilianische Militärregime durch internationalen Druck gezwungen werden, die grundlegenden Menschenrechte auch Andersdenkender zu respektieren.

So aber muß dieser Passus des Kommuniqués von der brasilianischen Regierung u.a. auch als Unterstützung ihrer innenpolitischen Maßnahmen gegen Andersdenkende gewertet werden, Maßnahmen, die die brasilianischen Bischöfe als "Terrorismus der Repression" bezeichneten.

Es ist somit festzustellen, daß die Glaubwürdigkeit unseres demokratischen Rechtsstaates vor den Völkern der Dritten Welt in hohem Maße in Frage gestellt worden ist.

Wir protestieren gegen die in o.a. Passus zum Vorschein kommende Tendenz der gegenwärtigen deutschen Brasilienpolitik, die offenbar nichts gegen die flagrante Verletzung der Menschenrechte durch das brasilianische Militärregime unternimmt.

Wir verlangen eine ausführliche Information über die Hintergründe, die zur Abfassung dieses Passus geführt haben, sowie über die Tragweite und Implikationen dieses Passus.

Mit vorzüglicher Hochachtung

i.A.

(Pater Manfred Etscheid OP).

chile in der Presse

FAZ am 29. 8. 7o über die PDC, die Partei des damaligen Präsidenten Frei: "Eine Partei, die trotz ihres christlichen Vorzeichens eigentlich auch als eine Linkspartei angesehen werden muß" ...

Die "Welt" sah am 4. 9. 7o, d.h. wenige Tage vor der Wahl, die Chilenen vor "Die Alternative - friedliche Reform oder kommunistische Diktatur" gestellt.

FAZ 1o. 9. 7o: "Es ist zu befürchten, daß damit (= mit Allendes Wahl) für Chile eine Periode der Unfreiheit beginnt, daß aus der "Revolution in Freiheit" eine Revolution wird, in der die Freiheit nur noch eine sozialistische Freiheit sein wird... Wer arm ist, verzichtet leicht auf seine Freiheit. Die chilenischen Wähler haben sich daher für mehr Revolution und weniger Freiheit entschieden." Darauf die bange Frage: "Wird die chilenische Wirtschaft zu einer sozialistischen Zwangswirtschaft? Wird es künftig möglich sein, wie bisher freie und fruchtbare wirtschaftliche Beziehungen zu unterhalten? usw., doch am 26. 1o. zeigt man sich hoffnungsvoll: Vielleicht ist "die freiheitliche Ordnung des Landes stabil genug, um sechs Jahre Volksfront zu überdauern" - und wundert sich am 13.11.: "Chile soll trotz Sozialismus eine Demokratie bleiben." Am 23.11. werden die Spekulationen fortgesetzt: "Die Versuchung, mit harten dirigistischen Maßnahmen zu arbeiten, muß für die neuen Minister groß sein... Am Ende stände eine zentralgesteuerte bürokratisierte Volkswirtschaft, in der eine Pseudolösung der Arbeitslosigkeit nicht schwer fallen würde. In der dann nicht mehr primär an der Rentabilität orientierten Ordnung liessen sich ohne Schwierigkeit neue - wenn auch ökonomisch sinnlose - Arbeitsplätze schaffen. Es scheint noch nicht sicher, ob sich die Regierung Allende für diese Richtung entscheiden wird... "Und gleich in Klammern dahinter: "Eine andere Frage ist es, ob sie sich nach anfangs nur begrenzten Eingriffen wegen der ausbleibenden Erfolge schließlich in den totalen Dirigismus flüchtet."
W. Leisler-Kiep, nach einem Besuch in Chile, sieht (Publik, 11.12.7o) "keinen Anlaß, zum jetzigen Zeitpunkt etwas anderes zu tun", als die Beziehungen BRD-Chile fortzusetzen, und ist "der Meinung, daß die Glaubwürdigkeit unserer ideologiefreien Entwicklungspolitik und unserer Bereitschaft, mit allen Ländern ohne Rücksicht auf ihre Regierungsform Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten, hier durch entsprechendes Handeln erhärtet werden kann."

Für die "Welt" hat am 16.1.71 endgültig in Chile "Die kommunistische Unterwanderung... begonnen", die FAZ scheint sich aber am 23.1.71 immer noch nicht klar zu sein: "Wird Chile kommunistisch?"

Am 6. März 71 widmet die "Welt" den bedauernswerten deutschen Landbesitzern in Chile einen Artikel:
"Rote Landnahme in Chile - mit Allende schlug den Besitzern die Stunde"; jedoch auch er kommt nicht um die Feststellung herum "Die Angelegenheit ist legal ... Die Bauern... wissen, daß gegen die Landreform kein Kraut gewachsen ist. "Daher: "...die Bundesrepublik kann in naher Zukunft mit chilenischen Emigranten rechnen."

Der bemerkenswerte Sieg der Volksfrontparteien bei den Gemeindewahlen am 4. April wird von der "Welt" mit folgendem Kommentar abgetan:

"Neben statistischen und moralischen Akzenten haben diese Wahlen lediglich psychologische Bedeutung, denn an der Kräfteverteilung im von der Opposition beherrschten Parlament wird sich in den nächsten beiden Jahren ja nichts ändern ... Der Kongreß ... könnte Allendes Sieg mit dem Argument abtun , daß Kommunalwahlen nichts über die Volksmeinung zu den großen nationalen Problemen aussagen..." (3./4.4.)

Der "Rheinische Merkur" fürchtet vor allem in diesem Zusammenhang die Möglichkeit einer Verfassungsänderung:
"Diese ... kann sehr folgenschwer werden, denn von hier aus lassen sich von der Demokratie wegführende Seitenpfade leicht beschreiten." (23.4.)

Die Anerkennung der DDR wurde mit folgendem Kommentar begleitet (7.5.):

"... Aus Äußerungen der deutschen Entwicklnngshelfer und der deutschen Wirtschaftsfachleute spricht ... ernste Besorgnis über ihre ... Zukunft. Wer die Methoden der 'DDR'-Diplomaten im Ausland kennt, den wundert das nicht... nur besteht die begründete Hoffnung, daß Allende nicht mit Sékou Touré zu vergleichen ist... Anstatt Bonner Interessen zu vertreten, hatte Staatssekretär Sohn offensichtlich auch anderes, vielleicht Wichtigeres, zu tun. Er scheute sich jedenfalls nicht, als Staatssekretär der Bonner Regierung an einem Parteitag der marxistisch-leninistischen Partei teilzunehmen. Wer will die Chilenen schelten, wenn sie daraus ihre Schlüsse ziehen?" Antwort: der Rheinische Merkur zum Beispiel ...

lt

Marine bildet Brasilianer aus

ll KIEL, 2. Juni. Die brasilianische Marine hat auf der deutschen Werft Abeking & Rasmussen in Lemwerder (Niedersachsen) vier Minensuchboote bestellt, die Anfang Juli ausgeliefert werden sollen. Ein Teil der Besatzung, drei Offiziere, vier Unteroffiziere und acht Matrosen für diese Boote werden bereits beim 1. Minensuchgeschwader der Bundesmarine in Flensburg-Mürwik ausgebildet. Wie der Kommandeur des 1. Minensuchgeschwaders der Bundesmarine, Korvettenkapitän Freiherr von Ledebur, mitteilte, erfolgt die Ausbildung der Brasilianer auf schnellen deutschen Minensuchbooten

Frankfurter Rundschau 3.6.71

DER BEITRAG DER UNIVERSITÄT ZUR AUSBEUTUNG DER 3. WELT

Die Funktion der Universität innerhalb der Ausbeutung der Dritten Welt und der Stellenwert der Universitätsarbeit im Rahmen einer antiimperialistischen Strategie.

1. In den vergangenen 25 Jahren, in denen westliche „Entwicklungshilfe" gegeben wurde, hat sich die Lage der meisten Länder der Dritten Welt in fast jeder Hinsicht verschlechtert.

- Nach 25 Jahren Nahrungsmittelhilfe sind mehr Menschen als je zuvor unterernährt und hungern; für die 80er Jahre werden trotz „grüner Revolution" zunehmende Hungersnöte erwartet[1];
- Nach 25 Jahre Bildungshilfe gibt es mehr Analphabeten als je zuvor;
- Nach 25 Jahren Hilfe durch den „freien Westen" befinden sich immer mehr Länder in wirtschaftlicher und damit politischer Unfreiheit.

1,1, Nur eine unhistorische Betrachtungsweise - wie sie in der Politik und Sozialwissenschaft sowie der Volkswirtschaft weit verbreitet ist - kann in diesem Zustand gewissermaßen einen Punkt innerhalb der „normalen" Entwicklung von der „Steinzeit zur modernen Industriegesellschaft" sehen.

Im Gegenteil: Dieser Zustand ist Ergebnis eines historischen Prozesses, an dem die westlichen Industrieländer entscheidend Anteil haben.

Zur Zeit der ursprünglichen Akkumulation stoppten die europäischen Kolonialherren die Entwicklung dieser Länder, unermeßliche Reichtümer wurden geraubt, halbe Kontinente entvölkert und versklavt, beginnende Industrien zerstört - kurz: Die Entwicklung der Unterentwicklung begann. In der Phase des Freihandels wurde der Grundstein für die heutige internationale Arbeitsteilung gelegt, die den einen Partner zur wirtschaftlichen Abhängigkeit verurteilt. Die Kolonialherren verformten die Produktionsstrukturen zu Monokulturen. Am Ende des Zeitalters der Dekolonisation schienen die E. L. wenigstens politisch frei zu sein - die Metropolen hatten es aber verstanden, durch die Heranzüchtung von Kompradorenbourgeoisien ihre Finger weiterhin „im Spiel zu lassen."

1.2. So findet man heute ein äußerst differenziertes Ausbeutungssystem vor: Einmal sind die meisten E. L. völlig vom Weltmarkt abhängig, das Verhältnis der Erlöse auch Rohstoffexporten zu den Preisen für Investitionsgüterimporte verschlechtert sich laufend (man schätzt die Verluste durch die Verschlechterung dieser sogen. „terms of trade" auf ca. 2,5 Mrd. Dollar allein im Jahre 1965[3]. Durch Schuldendienst aus Exportkrediten und der fragwürdigen westlichen Kapitalhilfe entstand ein Kapitalabfluß von ca. 4,1 Mrd. Dollar durch Profittransfer aus Direktinvestitionen 4,4 Mrd. Dollar, durch Verluste infolge der sogenannten Lieferbindung nochmals ca. 5 Mrd. Dollar, macht zusammen ca. 16,02 Mrd. Dollar capital-outflow allein im Jahre 1965 aus den E. L. - dem gegenüber steht ein capital-inflow von 10,9 Mrd. Dollar sogen. Entwicklungshilfe - d.h., daß allein im Jahre 1965 die E.L. fast 5 Mrd. Dollar Entwicklungshilfe an die Industrieländer gezahlt haben.

Wer sich diesem System entziehen will, kommt meist in den Genuß einer „Befreiung" durch den großen Freund USA und seine Helfershelfer. Nur so sind die Mehrzahl der Staatsstreiche in vielen Ländern zu verstehen (Guatemala, Dominikanische Republik, Brasilien, Ghana, Mali, Uganda, Iran, Vietnam, Indonesien usw. usw.....).

1.3. Die Bundesrepublik und ihre Konzerne, nach dem 2. Weltkrieg mit amerikanischer Marshall-Planhilfe von über 5 Mrd. Dollar kapitalistisch hochgepäppelt, arbeitet heute komplementär zur amerikanischen Industrie und zum amerikanischen Militär. Während die USA in Vietnam mit der Ausrottung eines Volkes beschäftigt sind, liefert die BRD im Rahmen und außerhalb des Rahmens der NATO Waffen nach Portugal[4], die alle kurz darauf in dem portugiesischen Kolonialkrieg eingesetzt werden und flankiert damit die deutschen Direktinvestitionen im rassistischen Südafrika[5].

Während sich die Konzerne der USA in Brasilien im extraktiven Sektor betätigen, bevorzugen die deutschen Konzerne dort den verarbeitenden Sektor[6].

Während sich die USA in Lateinamerika und Südostasien mit der Einsetzung von ihnen genehmen Regierungen beschäftigen, hilft dabei die BRD in Afrika mit (man vergleiche die Rolle der Konrad-Adenauer-Stiftung beim Umsturz in Lesotho[7] sowie die der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ghana).

Auch die deutsche Entwicklungs**hilfe**politik scheint durch die Investitionshoffnungen und Gewinnerwartungen einer immer kleiner werdenden und immer mächtiger werdenden Zahl von Großkonzernen in kapitalistischen Denk- und Arbeitsschemata gefangen.[8]

2. Die Hochschulen erfüllen in diesem Ausbeutungszusammenhang eine doppelte Funktion:

2.1. Zum einen dient sie der Reproduktion der herrschenden Klasse und ihrer technokratischen Helfer - d.h. sie ist das Rekrutierungsfeld **der** Institutionen, die gewissermaßen das organisatorische Rückgrad jener inhumanen Wirtschaftsordnung bilden: Der staatlichen Organisationen, der Großkonzerne sowie der ihr dienenden Wissenschaft und dem sie legitimierenden Erziehungswesen.

2.2. Zum zweiten ist die universitäre Forschung Zulieferer des technischen Wissens (know how) geworden, das dieser Wirtschaftsordnung ihre erstaunliche Stabilität verleiht.

Z.B. wurde die Hochspannungsübertragung für das kolonialistische Cabora Bassa-Staudamm-Projekt an den Universitäten Darmstadt, Heidelberg und Stuttgart entwickelt; an über 120 Hochschulinstituten findet derzeit Auftragsforschung für das Verteidigungsministerium statt.

3. Damit die Hochschulen diese Funktionen erfüllen können, müssen verschiedene Bedingungen erfüllt sein. Das sind u.a.:

3.1. Ein permanenter, sich steigernder Leistungsdruck, der die primäre Sachmotivation des Studenten durch die sekundäre Belohnungs- oder Bestrafungsmotivation des Prüfungswesens ersetzt; dadurch frägt der Student immer weniger nach dem Warum und Wozu seines Lernens.[9]

3.2. Die undemokratische Hochschulstruktur ersetzt emanzipatorische For-

schung durch „Anpassungs und Auftragsforschung", d.h. die Fragestellung der Forschung geht weniger von einem vorhandenen emanzipatorischen Defizit aus als davon, was den jeweiligen Ordinarius bzw. den ihn finanzierenden Wirtschaftskreisen nützt.

3.3. In den Einzelfächern werden überholte oder oft reaktionäre Problemstellungen kultiviert: Eine europazentrische Philologie, eine nur in kapitalistischen Kategorien denkende Volkswirtschaft, eine rein individual-therapeutische Medizin, eine in ihren Intentionen nicht durchreflektierte Naturwissenschaft, eine nur peripher-kritische Politikwissenschaft, eine zum abendländischen Paernalismus erziehende Geschichtswissenschaft sorgen weiterhin dafür, daß unser Bewußtsein unterentwickelt bleibt.

3.4. Das Ergebnis und die Voraussetzung dieses Prozesses ist der entpolitisierte und konsumabhängige Student: Die Angst vor dem Versagen im Konkurrenz- und Aufstiegskampf fördert eine permanente Stressituation, die meist nicht durch Bewußtwertung überwunden, sondern durch Steigerung des Konsums betäubt wird.

4. Eine Strategie, die sich gegen die Ausbeutung der 3. Welt richtet, muß, da deren Ursachen bei uns liegen, notwendigerweise auch **antikapitalistisch** sein, sie muß also hier in der BRD den Sozialismus anstreben, d.h. eine Gesellschaftsordnung, die den Menschen in immer größerem Maße zu einem freien, schöpferischen, rationalen und gesellschaftlichen Wesen macht.

4.1. **Langfristig** muß sich also jede Aktion für die 3. Welt zumindest komplementär zu Bewegungen sehen, die innenpolitisch eine Veränderung der Zustände erreichen will.

An der Universität muß daher weiterhin der Kampf für eine Demokratisierung geführt werden, es muß die Bewußtseinsbildung der Studenten weiter getrieben werden - dabei ist aber entscheidend, daß sich die Studenten nur als Teil einer Front gegen dieses System betrachten, das ja langfristig nur durch die von diesem System Ausgebeuteten, die Arbeiter, verändert werden kann.[10]

4.2. **Kurz- und Mittelfristig** ist es aber genau so notwendig, den emanzipatorischen Kampf von Befreiungsbewegungen und fortschrittlichen Kräften in den Ländern Lateinamerikas, Afrikas und Asiens durch Solidarität und konkrete Arbeit hier bei uns zu unterstützen, damit sich nicht der Würgegriff des Kapitalismus vollends über diesen Ländern zuzieht und diese Bewegungen im Ansatz erstickt werden: Es ist einfach nicht zu verantworten, die Menschen in diesen Ländern auf die doch zeitlich ungewisse Änderungen unseres Systems warten zu lassen. Außerdem schwächen wir durch diese Arbeit gleichzeitig auch die Grundlage **unseres** Systems, mämlich dadurch, daß unseren Großkonzernen Ausbeutungs- und Investitionsgebiete in zunehmendem Maße versperrt werden.

Konkret heißt dies: Kampagnen an den Hochschulen zur Beeinflussung kurz- und mittelfristiger Entscheidungen der deutschen Entwicklungsländerpolitik, sowie ideelle und materielle Solidarität mit Befreiungsbewegungen **und fortschrittlichen** Kräften der Dritten Welt.

Auch in diesem Punkt muß man die Rolle einer Hochschulkampagne als Teil einer von vielen gesellschaftlichen Gruppen getragenen Bewegung sehen.[11]

4.3. Ob kurz- oder langfristig angelegte Strategie: In beiden Fällen muß man jetzt schon versuchen, im Schutz oder Schatten der alten Strukturen, in vorhandenen Systemlücken Modelle neuer Strukturen, einer idealen Gegengesellschaft zu errichten.

Für die Universität heißt dies: „vakante Funktionen usurpieren", erste Ansätze einer emanzipatorischen Gegenforschung im Rücken oder Schoße der niversität errichten.

Die Aktion Dritte Welt versucht z.Zt. in verschiedenen Fakultäten[12] nach ihrer bisher hauptsächlich außerhalb der Universität liegenden Arbeit, auch inneruniversitär zu arbeiten, um die in 3.2. und 3.3. angesprochenen Forschungsprojekte und Lehrinhalte zu beeinflussen.

Eine solche, allein system-immanente Strategie droht aber durch die materielle Abhängigkeit des einzelnen zu dem obengenannten Aufstiegssyndrom zu führen, daher muß sie gestützt sein durch den Rückhalt in einer auch außerhalb der Universität verankerten Gruppe.

Die Aktion Dritte Welt soll ein Modell für diese aufgezeigte Strategie sein.

Georg Stingl (Aktion 3.Welt)

Anmerkungen:

1) vgl. Otto Kreye, nicht nur eine handvoll reis - das politische moment des Welternährungsproblems, Bonn, 1970

2) vgl. die Arbeiten von Sombart, Davidson, Pazcensky, Herlemann u.a.

3) Die in Abschnitt 1.2. zitierten Zahlen sind dem Aufsatz „Neuere Imperialismustheorien" der Arbeitsgruppe Dritte Welt am OSI entnommen, in: SOPO 6/7, 1970

4) vgl. Michael Nienhaus, Die Solidarität mit den Entwicklungsländern oder das Geschäft der Bundesregierung mit dem Krieg, Informationszentrum Dritte Welt, Freiburg, Lorettostr. 20a, 1970

5) vgl. Die Unterstützung des südafrikanischen Nazismus durch Westdeutschland, 1971; Georg Stingl, Die Lage Nanibias und das Uranschürfungsprojekt bei Svakepmund, 1971, sowie weitere Broschüren und Bücher, alle beim Informationszentrum Dritte Welt erhältlich.

6) vgl. „Deutsche Konzerne in Brasilien", Informationszentrum Dritte Welt, 1971

7) vgl. blätter des iz3w, Nr.6/7, 1971, Informationszentrum Dritte Welt

8) vgl. dazu den Ausspruch Wischneskys: „Wenn es die Entwicklungshilfe noch nicht gäbe, müßte man sie für die deutsche Industrie erfinden", sowie die Einschätzung der Kapitalhilfe durch den Planungsfachmann des BMZ, Dunke, in: Kruse-Rodenacker, Dunke, Götz u.a.: „Kapitalhilfe - Untersuchungen zur bilateralen Kapitalhilfe im Rahmen öffentlicher Leistungen" Berlin 1970, als Raubdruck beim Informationszentrum Dritte Welt erhältlich.

9) zu den sozialpsychologischen und individualpsychologischen Folgen des Kapitalismus ist von der Aktion Dritte Welt ein Papier erarbeitet worden: „Wirtschaftsstruktur und Individualverhalten - 10 Thesen zum Elend des Kapitalismus aus verhaltens- und sozialpsychologischer Sicht."

10) In der Beurteilung der innenpolitischen Situation und der daraus resultierenden Strategie schließt sich die Aktion Dritte Welt weitgehend an die Vorstellungen des Sozialistischen Büros sowie an die Doppelstragie der Jungsozialisten an.

11) nähere taktische Maßnahmen sind durchdiskutiert im Strategiepapier der Aktion Dritte Welt, Wir hilflos sind wir eigentlich, Informationszentrum Dritte Welt, 1970.

12) u.a. in der Soziologie, der Geographie, der Volkswirtschaft und der Politikwissenschaft

Beitrag des iz3w in der Freiburger Studentenzeitung "basis" Nr.3/71

Waffenhandel:

Buchbesprechung

Helga H a f t e n d o r n , Militärhilfe und Rüstungsexporte der BRD, Bertelsmann Universitätsverlag, 1971; 95 Seiten Text; 4o Seiten Statistiken und Tabellen.

Die Autorin promovierte 196o bei Carlo Schmid; sie war von 1958 bis 1968 Redakteurin des EUROPA-ARCHIV und wissenschaftliche Referentin im Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik; seit 1969 ist sie Dozentin an der Universität Hamburg (Spezialgebiete: Fragen der Abrüstung und der internationalen Sicherheit). Entsprechend ihrer bisherigen Tätigkeit, oder dadurch bedingt. ist die vorliegende Studie geschrieben: konservativ, ohne kritische Durchleuchtung des Geschäfts mit den Waffen, obwohl das Buch den Anspruch erhebt, "nach den der Militärhilfe zugrundeliegenden Motivationen und ihren Stellenwert im Rahmen der deutschen Außenpolitik" (S. 7) zu fragen.

Nach der Behandlung der "Militärhilfe im Rahmen deutscher Außenpolitik" (Kap. II; als"Kernziele" der Militärhilfe im Rahmen der Außenpolitik werden genannt:
1. Verwirklichung und Erhaltung einer freiheitlich demokratischen Grundordnung;
2. Gewährleistung der Sicherheit der Bundesrepublik vor äußerer Bedrohung;
3. Lösung der deutschen Frage (S. 1o)) wird die NATO-Verteidigungshilfe näher untersucht (Kap. III). Hier trifft Haftendorn die für den Rezensenten etwas verblüffende Feststellung: "Portugal erhielt keine NATO-Verteidigungshilfe" (S. 17), obwohl sie fortwährt: "Die Regierung in Lissabon erwarb jedoch größere Mengen von Überschußmaterial aus Beständen der Bundeswehr, darunter Jagdbomber vom Typ Fiat G-91 und Verbindungsflugzeuge vom Typ Do-27"; diese Waffen und Geräte fallen nach ihrer eigenen Definition (S. 8) unter den Begriff "Militärhilfe".

Das Buch bietet eine Fülle von Fakten, Zahlen und Materialien, übersichtlich zusammengetragen und geordnet. Um so erstaunlicher ist, daß H. bei der Behandlung von Portugal (S. 17) nicht den am 14. Oktober 1963 zwischen Portugal und der BRD geschlossenen, bisher nicht veröffentlichten Vertrag über militärische Zusammenarbeit erwähnt. Aufgrund dieses Vertrages wurde trotz einer Resolution der 22. UNO-Vollversammlung Kriegsmaterial nach Portugal geliefert. Bedauerlich ist auch, daß die Autorin behauptet, "wenn sich auch die meisten der von dem Angola-Komitee behaupteten oder vermuteten Lieferungen deutscher Waffensysteme an Portugal und ihre anschließende Verwendung in Afrika nicht verifizieren lassen bzw. widerlegt werden können ..." (S.J. B o s g r a und Chr. van K r i m p e n , Portugal und NATO, Amsterdam 1969), ohne hierauf näher einzugehen.

In dem folgenden Kapitel "Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe" wird diese Hilfe an afrikanische Staaten ausführlich behandelt (insbesondere Sudan, Nigeria, Äthiopien, Guinea, Somalia, Tansania, Madagaskar, arabische Staaten). Dem Selbstverständnis

der Autorin entsprechend ist man nicht erstaunt über die Behauptung: "In keinem Fall kann jedoch den damaligen Bundesregierungen unterstellt werden, sie hätten die Absicht gehabt, mit Hilfe der Ausrüstungs- und Ausbildungshilfe deutsche Investitionen militärisch abzusichern." Bedeutet das, den damaligen CDU-Regierungen ist dies nicht zu unterstellen, jedoch der augenblicklichen SPD-FDP-Koalition? Vielleicht würde die Autorin ihre etwas globale Behauptung modifizieren müssen, hätte sie einen Blick in "Kursbuch 21" (S. 129 - 153) geworfen. Zumindest wäre eine Auseinandersetzung mit den Ausführungen von Barbara Schilling und Karl Unger ("Die Bundesrepublik und das südliche Afrika; ökonomische und militärische Aspekte des Westdeutschen Neokolonialismus") ihrer Studie nicht abträglich gewesen. Es unterstreicht nur den Eindruck des Rezensenten, daß H. fleißig und mit Akrivie das Material zusammengetragen, aber unkritisch verarbeitet hat.

Interessante Informationen gibt der Abschnitt "Kommerzielle Transaktionen" (Kap. V). H. beschreibt, wie es den deutschen Firmen gelang, "auf den internationalen Rüstungsmarkt vorzustoßen". Es wird auch die Exportabhängigkeit der deutschen Rüstungsindustrie in den einzelnen Branchen hingewiesen. Erwähnenswert ist, daß nach H. "Die Industriewerke Karlsruhe etwa 80 Prozent der Anteile an der niederländischen Munitionsfabrik 'De Kruithorn' besitzen (sollen). Dort hergestellte Waffen sollen unter anderem in den Nahen Osten und nach Süd-Ost-Asien, auch nach Vietnam, geliefert worden sein" (S. 38/39). Unverständlich ist der sich anschließende Satz: "Dagegen ist sicher unrichtig, daß von deutschen Firmen nach dem Iran und Nigeria gelieferte Waffen- und Munitionsfabriken für deutsche Rechnung produzieren und exportieren". H. denkt hier wohl in erster Linie an die bundeseigene Firma "Fritz Werner", Berlin/Geisenheim, (warum erwähnt sie nicht den Namen?) Der Rezensent konnte während des Biafra-Krieges selbst beobachten, wie in der in Kaduna (Nordnigeria) von "Fritz Werner" betriebenen Munitionsfabrik "Nigerian Defence Factory" der deutsche Stab auf 20 Mitglieder erhöht wurde, die etwa 600 Nigerianer bei der Produktion der G3-Munition beaufsichtigten. Leitende nigerianische Arbeiter dieser Fabrik wurden von "Fritz Werner" in Deutschland ausgebildet. Was bedeutet bei diesem Sachverhalt, diese Fabrik "produziere für deutsche Rechnung"?

Neben der Erwähnung der etwas dubiosen Rollen der Handelsfirmen VEBEG (bundeseigen), MEREX AG und INTERAMCO vergißt H. auch nicht, auf den "schwarzen Markt" einzugehen und die Umgehung der gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen (z.B. "Endverbleibsklausel") zu beschreiben. So wurden z.B. von der Firma Heckler u. Koch hergestellte Handfeuerwaffen über Belgien nach Biafra geschmuggelt.

Das Kapitel "Die Größenordnung der deutschen Militärhilfe und der Rüstungsexporte" (Kap. VI) bietet detailliertes Zahlenmaterial, auch im internationalen Vergleich. Nach H. betrug im Jahre 1967 der Anteil der Rüstungsexporte am Gesamtexportvolumen der BRD nur 0,3 Prozent (USA 9,5 Prozent, Frankreich 4,3 Prozent und Großbritannien 2 Prozent). Das Volumen der deutschen Rüstungsproduktion gemessen an der Gesamtindustrieproduktion liege gegenwärtig unter 2 Prozent (S. 57). Hieraus zieht H. die Folgerung: es gibt "in der Bundesrepublik keine Bestätigung für das Vorhandensein eines einflußreichen 'military industrial complex', einem an Macht- und Profitinteressen orientierten engen Zusammenwirken zwischen Rüstungsindustrie

und Verteidigungsministerium" (S. 57). In einer Fußnote beruft sie sich hierbei auf Fritz V i l m a r , Rüstung und Abrüstung im Spätkapitalismus, Materialien und Analysen, Frankfurt 1965, S. 69 ff. Andererseits verkennt die Autorin nicht die Bedeutung der Rüstungslobby, zu deren Sprecher sich Friedrich Z i m m e r - m a n n , seit 1965 Vorsitzender des Verteidigungsausschusses, gemacht hat. "Bisher ist die Zahl der pensionierten Offiziere, die Tätigkeiten in der Rüstungswirtschaft übernommen haben, noch gering ". Was heißt hier "gering"? Nicht die Zahl, sondern der tatsächliche Einfluß und die Abhängigkeit einzelner Industriezweige von Kriegsgeräte-Produktion entscheiden. Und zaghaft weist H. darauf hin: "... aber die Gefahr von Interessenkollisionen ist gegeben". (S. 17).

Es fällt schwer, der Autorin in der simplen Verneinung eines "military industrial complex" zu folgen, wenn man sieht, daß pensionierte Bundeswehrgenerale wie B e c k e r, A n t r i p, P i l g e r, W i l c k e, M ä d e r, P a n i t z k i ihre Ruhegehälter durch "Beraterverträge" bei der Rüstungsindustrie aufbessern und Wirtschaftsmanager dieser Industriezweige wie D o r n i e r, B ö l k o w, D i e h l, K n i e p e r, S o n n e, C ä s a r, S p e t h m a n n, P o h l e, S c h m ü c k e r, V i e w e g sich zur Tischrunde bei Verteidigungsminister Schmidt einladen. H. hätte diese Namen erwähnen dürfen. Sie verkörpern Einfluß und Macht. Bei einer Analyse der Interessen, die sie vertreten, wäre die Autorin vielleicht zu einer anderen Schlußfolgerung gekommen. (Vergleiche hierzu Claus G r o s s n e r , Die Verflechtung von Rüstungswirtschaft, Militär und Politik in der BRD, SPIEGEL, 12, 1971, S. 84 - 94).

Nach dem Kapitel "Der innerpolitische Entscheidungsprozeß", in dem die interministeriellen Regelungen für Militärhilfe und Rüstungsexport dargelegt werden und in völlig unzureichendem Maße auf die Rüstungslobby eingegangen wird (siehe oben), kommt das Interessanteste, aber auch schwächste Kapitel: "Die politische Problematik des Rüstungstransfer" (Kap. VIII). Hier wird mehr oder weniger die offizielle Begründung für Rüstungstransfers wiedergegeben, mit der Kritik, ob diese Begründungen immer zum Ziele geführt haben. Daß eine solche Behandlung dieses Komplexes der politischen Seite des Problems nicht gerecht wird, wurde schon erwähnt. Aufgrund der bisherigen Tätigkeit der Verfasserin verwundert es nicht, folgendes in diesem Kapitel zu lesen: "... während linke Kritiker heute in ihr (Militärhilfepolitik) ein Instrument des Neo-Imperialismus sehen. Die Tatsache, daß die deutsche Hilfe an Staaten sehr unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftssystemen wie z.B. Guinea und Äthiopien geht, widerlegt eine einseitige ideologische Ausrichtung" (S. 86). Leichter kann man es sich kaum machen. Abgesehen davon, daß an Äthiopien Waffen und Polizeiausbilder gesandt und in Guinea primär Straßen und Fabriken gebaut wurden, kann man mit solch simplen Argumenten nicht die Tatsache der hohen Investitionen im südlichen Afrika und das Interesse der NATO an diesem Gebiet aus der Welt schaffen. Eine etwas ernstere Auseinandersetzung z.B. mit dem oben erwähnten Artikel in "Kursbuch 21" hätte dem hier zu rezensierenden Buch nicht geschadet.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß das Buch eine Fülle von Informationen bietet. Dem Leser wird hierdurch eigenes mühseliges Durchforsten von Bundestagsprotokollen und Haushaltsplänen erspart. Die Studie hat ihre politischen Schwächen, auf die hingewiesen wurden. Aber allein schon wegen des tabellarischen Anhangs von 4o Seiten als Quellenmaterial sollte man dieses Buch kaufen.

m n

GESCHÄFTSBERICHT

der Internationalen Gesellschaft für Entwicklungshilfe, Außenhandel und Kapitalanlagen in Entwicklungsländer (I. G. E. A. K. E.)

Frankfurt, den 16. Juni 1971

Die IGEAKE gibt ihren Geschäftsfreunden und Interessenten in der BRD, Frankreich, Großbritannien, USA und anderen Mitgliedsländern bekannt, daß sie auch im vergangenen Geschäftsjahr wieder mit einem Positiv-Saldo von ca. 21 Mrd. DM abschließen konnte. Es gelang somit der Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr trotz der ungünstiger gewordenen Geschäftsbedingungen in den Dritte-Welt-Ländern (verschlechterte Ernährungslage der arbeitenden Bevölkerung, politische Klimaverhärtung durch Unruhe stiftende Gewerkschaften und politischen Terrororganisationen, steigende kommunistische Infiltration von außen, wachsende Unsicherheit der Handelswege usw.) zu einer, wie wir betonen möchten, recht zufriedenstellenden Gewinnrate von 60% (des investierten Entwicklungshilfe-Kapitals) zu kommen.

Wie schon in den vorausgegangenen Jahren erwies es sich zur Wahrung und weiteren Förderung der Geschäftsinteressen der Mitgliedsländer der IGEAKE - d.h. zur Aufschliessung und Sicherung von Märkten, Rohstoffquellen usw. - wiederum als unumgänglich ca. 11 Mrd. Dollar (alle Mitgliesländer zusammen genommen) als sogenannte Entwicklungshilfe zu investieren, vornehmlich in Form von öffentlichen Finanzkrediten, privaten Investitionen und Exportkrediten.

Kapitalabfluß aus den IGEAKE-Ländern (Entwicklungshilfe)
minus ca. Dollar 11 Mrd.

Dieser in seiner Höhe nicht zu überschätzende Abfluß von Kapital aus den Mitgliedsländern der IGEAKE steht auf der Positivseite als Kapitalzufluß aus den Entwicklungsländern gegenüber:

1. Die im abgelaufenen Geschäftsjahr fällig gewordenen Zinsen für ... und die Rückzahlung von Entwicklungshilfekrediten, die in vorausgegangenen Jahren von den Mitgliedsländern der IGEAKE gewährt worden waren.

   plus ca. Dollar 5, 1 Mrd.

2. Gewinne, die die IGEAKE-Länder wiederum dadurch erzielen konnten, daß sie ihre Entwicklungshilfekredite zu einem erheblichen Teil an die Lieferung von Waren binden konnten, die auf Grund überhöhter Preise auf dem freien Weltmarkt nicht absetzbar sind. (So konnte die deutsche Sektion der Gesellschaft z. B. an Indien eine Vielzahl von Gütern per Lieferbindung verkaufen, die Indien aus Japan um 20 - 40% hätte billiger kaufen können.)

   plus ca. Dollar 4, 5 Mrd.

3. In Ländern der IGEAKE zurückgeführte Gewinne (Kapitalretransfer) aus privaten Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (ESSO, Shell, Krupp, VW, Mercedes)

   plus ca. Dollar 4, 6 Mrd.

4. Gewinne aus der im Berichtsjahr weiterfortgeschrittenen Verbesserung der Güteraustauschrelation in Bezug auf den Außenhandel der IGEAKE mit Entwicklungsländern. So gelang es den Mitgliedsländern auf Grund ihrer überlegenen Marktmacht erneut, ihre Exportprodukte in Entwicklungsländer (Investitionsgüter, industrielle Konsumgüter) preislich weiter heraufzudrücken und umgekehrt die Importprodukte aus Entwicklungsländern (insbesondere agrarische Rohprodukte) preislich weiter herunterzudrücken.

   plus ca. Dollar 2, 6 Mrd.

Kapitalabfluß IGEAKE-Länder insg. Dollar 11, o Mrd.
Kapitalzufluß IGEAKE-Länder insg. Dollar 16, 8 Mrd.

SALDO Dollar 5, 8 Mrd.
(in DM 2o, 88 Mrd.)

Der Vorstand der IGEAKE dankt der freien Unternehmerschaft und den Regierungen der Mitgliedsländer der Gesellschaft für das politische und geschäftliche Vertrauen, das sie im abgelaufenen Geschäftsjahr erneut der Arbeit der Gesellschaft entgegengebracht haben. Gleichzeitig fordert die IGEAKE die Bevölkerung in den Mitgliedsländern auf, mehr Verständnis für den zugegebenermaßen hohen Einsatz von Entwicklungshilfegeldern zu haben und ihr Interesse stärker auf die Gewinnseite der jährlich vorgelegten Bilanzen der IGEAKE zu richten. Wir möchten daran erinnern, daß in einer freien Wirtschaft kein Unternehmen ohne einen entsprechenden Einsatz von Betriebskapital florieren kann. Das gleiche muß natürlich auch für ein internationales Geschäftsunternehmen wie die IGEAKE gelten. Daß ein Teil des investierten Entwicklungshilfekapitals öffentliche Steuergelder sind und daß die Gewinne der IGEAKE nur zu einem geringeren Teil der breiten Bevölkerung zugute kommen, ist zwar richtig, wir möchten aber eindringlich darauf hinweisen, daß es der breiten Bevölkerung in der BRD und anderen westlichen Industrienationen nur solange gut gehen kann, wie es den freien Unternehmerschaften dieser Länder gut geht. Dieser Einsicht scheinen sich in der letzten Zeit Teile der Studentenschaft an deutschen und anderen europäischen und nordamerikanischen Universitäten verschließen zu wollen. Wir bedauern dies ganz besonders, da die Arbeit der IGEAKE nur solange nur wirklich erfolgreich sein kann, wie es uns gelingt, qualifizierte Führungskräfte von den Hochschulen zu beziehen.

Internationale Gesellschaft für Entwicklungshilfe, Außenhandel und Kapitalanlagen in Entwicklungsländern (IGEAKE)
- Deutsche Sektion -

für den Vorstand: Winfried Guth
(vorm. Teutsche Bank A. G.)

* Dieser fingierte Geschäftsbericht, der den katastrophalen Kapitalverlust der Entwickländer zeigt, wurde zusammengestellt auf Grund der Berechnungen der Arbeitsgruppe Dritte Welt am Otto-Suhr-Institut, Pearsonbericht, Handbuch für Entwicklungshilfe

schule

Aus dem Geschichtsunterricht am Goethe-Gymnasium Freiburg
(Goldlettern über dem Portal: Schule für hoehere Toechter)

Afrikanische Staaten sind nicht mündig. Man hat ein ungutes Gefühl,wenn sich die Führer dieser Staaten entscheiden oder wenn sie nach Bonn kommen. Denn obwohl sie nicht ungebildet sind,fehlt ihnen das,was in unserem Abendland gewachsen ist. Die Tradition im besten Sinne des Wortes.Dafür können sie natürlich nichts. Deshalb muß man auch damit rechnen, daß wie in Guinea einfach Entwicklungshelfer totgeschlagen werden, die sich ihr ganzes Leben totschuften. Ließe man dieses ungute Gefühl weg, so wäre das nicht dazu angetan, die westlichen Interessen zu wahren, die gerade dadurch gefährdet sind,daß die UdSSR die afrikanischen Staaten unterstützt, denn es besteht unbedingt die Gefahr, daß diese sich weiterhin für sozialistische Entwicklungshilfe entscheiden.

(Deutsch - Klassenaufsatzthema beim gleichen Lehrer:
Weisen Sie die Nachteile der Frauenemanzipation auf!)

G e g e n d a r s t e l l u n g

"Es ist unrichtig,daß Ernst von Siemens vor der Veröffentlichung der Studiengruppe "Probleme der Entwicklungsländer" einen Brief an den Vorstand der VDW geschrieben hat.Richtig ist vielmehr,daß er nach der Veröffentlichung in einem Brief an den Vorstand den Inhalt der Stellungnahme kritisiert hat.Als Mitglied der"Vereinigung Deutscher Wissenschaftler"war das sein gutes Recht.Die in der Meldung der "blätter des iz3w" enthaltene Unterstellung, Herr von Siemens habe Konsequenzen für die Finanzierung der VDW durchblicken lassen,ist falsch. Unwahr ist auch die Mitteilung, daß der Vereinigung nach der Veröffentlichung der Cabora - Bassa-Stellungnahme alle Industriegelder gestrichen worden seien.

gezeichnet: Dr.Günter Geschke,
Vereinigung Deutscher Wissenschaftler e.V.